Freitag, 26. März 1926. | Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. | 65. Jahrgang. Nr. 70.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich Złoty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post . . . 3.50
ausschl. Postgebühren.
ins Ausland monatl. 4 Goldmark einschließl. Postgebühr.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



(Posener Warte)
mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Vom Gefängniswesen in Polen.

Bericht der Untersuchungskommission. — Vorwürfe des Abg. Marek. — Die neue Dienstpragmatik für den Richterstand.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Im Herbste des Jahres 1924 waren von den Sozialisten eine Reihe von Fällen besonders schwerer Grausamkeiten gegen Untersuchungsgefangene im Sejm zur Sprache gebracht worden, und es war der rätselhafte Tod der als Spionin im Untersuchungsgefängnis sitzenden Bessarabka erfolgt. Die Fälle wirbelten viel Staub auf. In Frankreich erfolgte nun der in Polen wie ein Blitz einschlagende Aufruf gegen den sogenannten weißen Terror in Polen, der von Painlevé und Herriot unterzeichnet war, zwei Männer, die kurz vor ihrer Ernennung zum Minister standen. Der Abgeordnete Thugutt suchte die Situation zu retten. Er reiste nach Frankreich, um die Gegner zu überzeugen, daß der Aufruf übertreibe. Er veranstaltete selbst eine Reise von einzelnen Herren durch Polen, um den Stand der Gefängnisse zu prüfen, und er trat dann an die Spitze einer Untersuchungskommission, die sich mit den Verhältnissen in den polnischen Gefängnissen und der Abschaffung der Mißstände zu befassen hatte. In diese Kommission wurden Mitglieder aller Parteien berufen, sogar ein Kommunist (Prystupa) und ein Weißrusse (Jeremicz) sind in sie einbezogen worden. Der Bericht der Kommission liegt seit einigen Wochen vor. Wir haben einen Mehrheitsbericht, der zu dem Resultat kommt, daß das Schlagen und Foltern in den Gefängnissen als System nicht vorkomme, dagegen einen Bericht des Weißrussen, in dem es heißt, daß in den polizeilichen Untersuchungsämtern das System des Schlagens herrsche und daß selbst unmenschliche Torturen bei den Gefangenen angewendet werden, um Geständnisse zu erpressen. Tatsächlich hat es niemals an Interpellationen wegen solcher Vorfälle gefehlt, und zuletzt haben noch die Juden wegen grausamer Behandlung von Untersuchungsgefangenen und ihrer Folterung im Sejm eine Anfrage an den Minister gerichtet. Thugutt hatte die Ehrlichkeit, zuzugeben, daß es für eine Kommission, selbst wenn sie die beste Absicht hat und mit Unermüdlichkeit die Gefangenen verhört, sehr schwer ist, sich ein ganz richtiges Bild von den Zuständen zu machen. Die Kommission kann selbstverständlich nur das niederlegen, was sie während ihrer Besuche gesehen hat, und sie weiß nicht, was nachher, also nach ihrem Besuche geschieht.

Es verdient aber stets die größte Anerkennung, wenn endlich einmal ein energischer Anfang mit den Versuchen, die Mißstände abzustellen, gemacht wird. Zwei Dinge findet Thugutt schlimm: Erstens den Mangel an Raum für die Gefangenen, der oftmals sechsmal kleiner ist, als er sein müßte, und dann die ungenügende Ernährung. Oft genug gibt es keine Pritschen oder Strohsäcke für die Gefangenen, und **zahlreiche Gefangene müssen in der Untersuchungshaft zwei und drei Jahre auf ein Urteil warten, das dann auf ein Jahr Gefängnis lautet,** wobei ihnen dann die Untersuchungshaft nicht angerechnet wird. Sehr schlimm sind die Zustände in Swientokrzysk, einer feuchten und engen Gefängnishöhle, **in der im Jahre 1923 78 Gefangene und in der ersten Hälfte des Jahres 1924 allein 51 Gefangene starben und viele Gefangene lungenkrank geworden sind.** Thugutt tadelt auch die Leichtigkeit, mit der Personen in Untersuchungshaft genommen werden. Die Behandlung der politischen Gefangenen in Untersuchungshaft ist besonders tadelnswert. Nicht weniger als zehn Prozent der Gesamtzahl der Gefangenen sind politische. Thugutt kann zwar nicht die Behauptungen des Weißrussen der Kommission unterschreiben, wonach in der Untersuchungshaft der Polizeigefängnisse geschlagen und gefoltert werde, denn er hat hierfür keine Beweise. Aber er findet doch die harten Worte, daß der Zustand in den Polizeigefängnissen Polen böse Verwicklungen und einen internationalen Skandal eintragen könne. „Ich glaube nicht," so ruft Thugutt aus, „daß der Justizminister die sadistischen Untersuchungsmethoden gutheißt. Aber sein Wille zergeht in der Luft, und niemand weiß eigentlich in Polen, **wer die Verantwortung für diese Dinge zu tragen hat."**

Die Verhandlungen im Sejm über die Frage der Gefangenenbehandlung, die infolge der zahlreichen Meuterungen in den Gefängnissen und der Hungerstreiks die öffentliche Meinung zu beschäftigen beginnt, hat erst begonnen. Es werden noch die Auslassungen des Weißrussen in der Kommission und die Klagen der Vertreter der östlichen Minderheiten folgen. Doch jetzt schon ist es klar, daß hier gerade für Polen, das jetzt seine Gleichberechtigung mit den übrigen europäischen Staaten in Genf fordert, ein großes und ernstes Gebiet der Reformtätigkeit vorliegt.

Auch bei der Besprechung der neuen Dienstpragmatik der Richter und Staatsanwälte wurden einige erbauliche Dinge erzählt, die in einem gewissen ideellen Zusammenhang mit den beim Gefängniswesen gerügten Methoden stehen. Der Sozialist Marek, ein Mann, der sich in Polen des größten Ansehens erfreut, erklärte zwar, die Legende vom weißen Terror in Polen sei ein Märchen. Aber er sah sich doch gezwungen, es eine Schande für Polen zu nennen, daß bis auf den heutigen Tag die Standgerichte nicht abgeschafft seien. In einzelnen Fällen dauert die Untersuchungshaft so furchtbar lange, daß man sie ein lebenslängliches Gefängnis nennen kann. Auch andere sonderbare Fälle zählt er auf, die wirklich kaum glaublich klingen, hätte sie nicht ein ernster und um sein Land besorgter Mann, wie Marek, vorgebracht. So wurde ein Ingenieur vom Minister der öffentlichen Arbeiten zur Revision verschiedener Ämter nach Wolhynien gesandt. Er legte seinen Bericht dem Minister vor und er verschwieg nicht die Entdeckungen, die er auf seiner Untersuchungsreise gemacht hatte. Nun kommt das Unerhörte. **Der Bericht fiel dem Untersuchungsrichter in Łuck in die Hände. Er stellte dem Ingenieur eine Anklage zu, und das Gericht verurteilte den Ingenieur zu einem Monat Haft! Dann erinnerte Marek an die unerhörte Art des Vorgehens einzelner bei der Affäre Steiger beteiligten Untersuchungsbeamten, an die sonderbar geringe Strafe, die den Mörder der an Rußland auszuliefernden beiden Attentäter Bagiński und Wieczorkiewicz traf und an ähnliches mehr. Das Gesetz für die Richterpragmatik wurde angenommen und dabei die von Marek vorgeschlagene Fassung, die den Richtern verbietet, irgendeiner politischen Partei oder Verbindung anzugehören. Die Ernennung der Richter erfolgt, indem der Justizminister aus der Zahl der Kandidaten dem Präsidenten der Republik eine geeignete Persönlichkeit vorschlägt, worauf dann der Präsident die Ernennung vollzieht.**

Abstimmung im Deutschen Reichstag.

259 Stimmen gegen 141.

In der gestrigen Reichstagssitzung fanden die Abstimmungen für die Billigungsformel der Regierung Luther statt. Bekanntlich haben die Regierungsparteien zu der Genfer Debatte sich lediglich zu einer Billigungsformel (die Regierung und ihre Genfer Politik zu stützen) verpflichtet. Es lagen Mißtrauensanträge vor von den Deutschnationalen und Kommunisten. Die Völkischen hatten ein „Vertrauensvotum" eingebracht. Der kommunistische Antrag gegen die Regierung wurde abgelehnt, ebenso der deutschnationale Mißtrauensantrag. Der Antrag der Völkischen wurde auf Beschluß des Parlaments nicht weiter zur Kenntnis genommen. Die Billigungsformel der Regierungsparteien ist mit 259 gegen 141 Stimmen angenommen worden.

Nach der Abstimmung wandte sich Minister Stresemann in längeren Ausführungen gegen die Oppositionspresse, die das Volk „in schlimmster Weise aufgereizt habe". Nach erregter Debatte sprach Reichsminister Marx über die Rückwirkungen in den besetzten Gebieten. Abends 9 Uhr vertagte sich das Haus auf heute, Donnerstag.

Englische Politiker über Genf.

London, 25. März. (R.) Auf einem zu Ehren der kanadischen Delegierten zur Völkerbundsversammlung gestern abend gegebenen Essen sagte der Oberkommissar für Kanada, Peter Larkin: Es scheine der Aufmerksamkeit vieler Leute entgangen zu sein, daß jetzt in Genf zum ersten Male in der Geschichte alle Nationen in Europa zu enger Übereinstimmung gebracht worden seien und daß es die Handlung einer weit entfernten Nation gewesen sei, die verhinderte, daß das Hauptziel erreicht wurde. Es sei ein beträchtlicher Fortschritt auf dem Wege zum Frieden und zur Freundschaft auf dem europäischen Kontinent vollbracht worden. (Beifall.)

Lord Bledisloe sagte, es sei erfreulich zu wissen, daß das ganze britische Reich eine feste Front gebildet habe. Er wage vorauszusagen, daß es verhältnismäßig kurze Zeit brauchen werde, durch Beseitigung der Hindernisse es dem Völkerbund möglich zu machen, daß Deutschland im September Mitglied der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates werde, selbst ohne daß es irgendwelche Kritik seitens der Nationen der Welt geben werde. (Beifall.)

Die Haltung Brasiliens in Genf auf italienischen Einfluß zurückzuführen?

Neuyork, 25. März. (R.) Der aus Brasilien zurückgekehrte Bernhard Ridder schreibt in der „Staatszeitung", das italienische Element in Sao Paulo habe seinen ganzen Einfluß aufgeboten, um die brasilianische Regierung zu bewegen, sich in Genf gegen Deutschlands Aufnahme zu erklären.

Die Krise des französischen Kabinetts.

Paris, 25. März. (R.) Der „Petit Parisien" teilt mit, daß man trotz der gestern eingetretenen Entspannung der innerpolitischen Lage in einigen Kammergruppen eine Krise für unmittelbar bevorstehend halte, wobei die Möglichkeit eines Kabinetts Herriot oder de Monzie erwogen werde. Einige Deputierte seien der Ansicht, daß nur ein Kabinett der nationalen Einigung von Herriot bis zu Poincaré die Situation retten könne. Auch die Frage, ob Malvys Urlaub der Auftakt zu seinem Rücktritt sei, wurde in den Wandelgängen gestern viel besprochen. Offiziell wird aber noch daran festgehalten, daß der Urlaub Malvys lediglich aus Gesundheitsrücksichten erfolgt ist. Indessen erklärt man, daß für den Fall, daß der Gesundheitszustand Malvys zu Bedenken Anlaß gebe, sein Rücktritt wahrscheinlich sei. Als Nachfolger wird der Senator Durand genannt.

Die Beamtengewerkschaften bei Briand.

Paris, 25. März. (R.) Der Vorstand des Nationalen Verbandes der Beamtengewerkschaften ist gestern abend bei Ministerpräsident Briand in der Lohnfrage und besonders der Einführung der beweglichen Lohnskala vorstellig geworden. Briand versprach, sofort einen Ministerrat einzuberufen und dem Verband der Beamten über das Ergebnis Mitteilung zu machen. Daraufhin beschloß der Vorstand einstimmig, eine für Freitag vor der Kammer geplante Kundgebung gegen die Zurückverweisung der Fragen der beweglichen Lohnskala vorläufig zu vertagen.

Kein Kabinettsrücktritt.

Gestern nachmittag berieten die Vorstände der Koalitionsparteien, um ihren Vertretern Instruktionen zu erteilen für die Konferenz, die am Abend auf Einladung des Ministerpräsidenten im Radziwiłł-Palast stattfand. An dieser Konferenz, die sich bis zur zehnten Stunde ausdehnte, nahmen außer dem Premier die Abgeordneten Głąbiński (Nat. Volksverband), Chaciński (Christl. Demokratie), Witos und Dębski (Polnische Volkspartei), Popiel (Nat. Arbeiterpartei), Niedziałkowski und Marek (Sozialistenpartei) teil. Die Vertreter der Sozialisten und der Nationalen Arbeiterpartei hielten ihre Forderungen bezüglich der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Staates aufrecht. Der Abg. Głąbiński trug den Standpunkt des Nationalen Volksverbandes vor. Um 10 Uhr wurde der Ministerrat einberufen, um die weitere Diskussion zu führen. Im allgemeinen soll die Tendenz bestehen, keinen Rücktritt des Kabinetts herbeizuführen. Es sollen auch Anzeichen dafür bestehen, daß man trotz der Schwierigkeiten einen Ausweg finden wird.

Polen und der Völkerbund.

Die Entscheidung der Frage nach der Erweiterung der Zahl der ständigen und der nichtständigen Sitze im Rate des Völkerbundes ist auf den Herbst verschoben worden. Wie gestalten sich nun die Aussichten Polens, an diesem Termin einen ständigen oder einen nichtständigen Sitz zu erhalten? Mit Spannung erwartete man die Antwort, die Skrzyński auf diese für Polen so brennende Frage geben würde. Graf Skrzyński hat einen ruhigen und sachlichen Überblick der Entwicklung der Angelegenheit in Genf gegeben und erst als ihm sein alter Gegner in der Angelegenheit der Unterzeichnung der Verträge von Locarno zusetzte, ist Graf Skrzyński ein wenig aus sich herausgegangen, ohne dabei die Überlegung und das Bewußtsein zu verlieren, daß seine Worte auch im Ausland mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Die Sache ist die: Die Anregung für die Vermehrung der Sitze gibt der Rat. Die Entscheidung aber fällt die Vollversammlung, auf der alle Staaten vertreten sind und zwar mit einer Zweidrittel-Mehrheit. Hat nun Polen diese Mehrheit oder nicht? Graf Skrzyński sagt, daß in Genf 90 Prozent aller vertretenen Staaten davon überzeugt waren, daß Polen gleichzeitig einen Sitz mit dem Eintritt Deutschlands in den Bund erhalten müsse, um die Verträge von Locarno sichern zu können und den Frieden der Welt zu erhalten. Wie man später aus seinen Ausführungen entnimmt, ist dabei ein nichtständiger Sitz gemeint. Allerdings ein nichtständiger Sitz mit der mehr oder weniger großen Sicherheit, daß er in absehbarer Zeit in einen ständigen verwandelt werde.

Herr Stroński warf dem Minister vor, daß die Aufgabe, einen Sitz im Völkerbund zu erhalten, nicht genügend vorbereitet war. Graf Skrzyński, der noch vor kurzem mitgeteilt hatte, daß er die Verträge von Locarno unterschrieben habe, ohne sich das geringste Versprechen dafür geben zu lassen — es war dies eine kluge diplomatische Phrase, bevor er nach Genf ging —, Graf Skrzyński machte nun das Geständnis, daß gerade die Erzielung eines nichtständigen Sitzes für Polen durch die Haltung Polens dem Genfer Protokoll gegenüber und bei den Verträgen von Locarno eine passende Vorbereitung gefunden habe. Graf Skrzyński dürfte also sicher weitblickend genug gewesen sein, in Locarno an den künftigen Sitz für Polen gedacht und die nötigen Vorbereitungen getroffen zu haben, also sich die geeigneten Versprechungen haben geben lassen, die er natürlich nicht an die große Glocke zu hängen brauchte. Es sei schon recht viel, sagte Graf Skrzyński — und man wird ihm vom polnischen Standpunkt aus hierin durchaus beistimmen —, wenn man in Genf bezüglich des nichtständigen Sitzes volle Uebereinstimmung erreicht habe. Herr Skrzyński hat auf die eigentümliche Haltung hingewiesen, die die zweite Internationale und ihre Vertreter in Genf den Forderungen Polens gegenüber eingenommen hat. Und der sozialistische Schwede Undén, der das größte Verständnis für die Notwendigkeit gehabt hat, Deutschland einen Sitz zu geben, habe nicht das geringste Verständnis für die Forderung Polens gehabt. Vandervelde (Belgien) wollte Polen nur einen nichtständigen Sitz geben, und die deutschen Sozialisten hätten die Forderung mit den Worten: „Es ist ganz unmöglich" abgelehnt. Ebenso waren die englischen Sozialisten gegen Polen. Skrzyński verbesserte sofort, daß Minister Vandervelde sich sehr lebhaft in die Lage Polens hineingefunden habe, und daß sein Verhalten sehr nützlich für Polen gewesen sei. Und in Bezug auf England? Was hätte man tun sollen? War es nicht besser zu erreichen, daß England wengigstens auf halbem Wege mit Polen war, als daß es bei einer deutschen Gegnerschaft gegen Polen Deutschland unterstützt hätte?

„Das Einverständnis mit England ist eine der Bestrebungen unserer Politik", so sagte Skrzyński, und er zeigte damit einen Weg, den keiner seiner Vorgänger mit der gleichen Entschiedenheit eingeschlagen hatte, als noch aller Augen allein und nur allein auf Frankreich gerichtet waren. Die Gegener aber muß man zu versöhnen suchen, und wenn wir die Hände zurückziehen, so kann das tragisch werden für Europa wie auch für uns selber. Wir müssen unbedingt das friedliche Zusammenarbeiten suchen und haben nicht das Recht, auf halbem Wege stehen zu bleiben! So schloß Graf Skrzyński seine Ausführungen, die überlegt und besonnen waren, wie alle Worte, die dieser hervorragende Staatsmann vor den Öffentlichkeit ausspricht.

Sehen wir uns nun einmal die Lage Polens an. Schweden und die Tschechoslowakei haben auf ihre nichtständigen Sitze verzichten wollen, um einen Platz für Polen frei zu machen. Wäre nun dieser Platz für Polen sicher gewesen? Nein! Im Herbst finden Neuwahlen statt. Das ganze Spiel hätte also für Polen von neuem begonnen. Der Andrang auf die nicht sehr große Zahl der nichtständigen Sitze wäre sehr groß gewesen, und es ist nicht so ohne weiteres klar, was geschehen wäre. Eines ist sicher, daß eine große Zahl von kleinen Völkern, zu denen die Baltenstaaten gehören, dann die skandinavischen Völker und mit ihnen Holland, nicht sehr erbaut von der Gruppenbildung

rings um Frankreich im Völkerbund sind, die nun durch den Zutritt Polens zu den Inhabern nichtständiger oder gar ständiger Sitze vermehrt werden soll.

Das Eingreifen Brasiliens hat Polen tatsächlich vor einer recht verwickelten Lage gerettet. Es war ebenfalls wieder recht diplomatisch klug von Skrzyński, daß er Worte des Vorwurfes für die Staaten fand, die ihr Veto nicht zum Zwecke der Sicherheit anwandten, sondern „um Verhandlungen unmöglich zu machen, von denen der Friede Europas abhängt". Im Grunde des Herzens aber wird Skrzyński den Herren vom Amazonenstrom tief dankbar gewesen sein; Brasilien aber wird, da es die ganze Welt vor den Kopf gestoßen hat, im Herbste bei den Neuwahlen zum Rat kaum einen großen Freundeskreis vorfinden. Dagegen werden die Schweden und die Tschechen die guten Früchte ihres selbstlosen Verhaltens ernten.

Zunächst also kann niemand voraussagen, wie sich die Verhältnisse gestalten werden. Auch hängt vieles davon ab, wie sich überhaupt die Gesamtlage Europas inzwischen entwickelt, ob Herr Skrzyński und seine Regierung bleibt, und wer die Geschäfte als Außenminister Polens führen wird. Wir werden in den nächsten Tagen die Regierung ohnedies in nicht geringen Schwierigkeiten sehen. Es handelt sich darum, aus der Klemme herauszukommen, entweder das Defizit des Budgets um einige hundert Millionen wachsen zu sehen, oder die Gehälter der staatlichen Angestellten auch noch in den folgenden Monaten weiter einzuschränken. Angeblich will der Finanzminister Zdziechowski die Genehmigung des Sejm dafür zu erlangen suchen, die niedrigen Gehaltsziffern wenigstens für den Monat April beibehalten zu dürfen. Hiergegen wehren sich die Sozialisten, wie auch die nationale Arbeiterpartei. Wenn beide in die Opposition gehen und ihre Minister aus der Regierung herausziehen, so kann sich die Lage derart gestalten, daß selbst ein Skrzyński ihrer nicht Herr werden kann.

Wie man mit deutschen Eltern umgeht.

Interpellation

des Abgeordneten Graebe von der Deutschen Vereinigung und anderer Abgeordneten an den Herrn Kultusminister und Innenminister wegen Bedrückung der deutschen Eltern in Iłowo, Kreis Soldau.

Die deutschen Hausväter von Iłowo, Kreis Soldau, haben im Juni des vorigen Jahres ein Gesuch an den Kreisschulinspektor gerichtet, in dem sie darum bitten, deutschen Sprachunterricht für Kinder zu erhalten. Dieses Gesuch ist vom Kreisschulinspektor abgelehnt worden mit der Bemerkung, daß die Leute masurischer Abstammung, also Polen, seien und keinen Anspruch auf deutschen Unterricht hätten. Daraufhin haben die Eltern am 21. Januar 1926 ein Gesuch ans Kuratorium eingereicht, das folgenden Wortlaut hat:

„Iłowo, dnia 21. 1. 26.

Do Kuratorjum
Okręgu Szkolnego Pomorskiego
w Toruniu.

Niżej podpisani złożyliśmy dnia 15. 5. do Pow. Inspektora Szkolnego w Działdowie podanie z prośbą o udzielenie nauki religji w języku niemieckim. Prośbę tę nie uwzględniono z uzasadnieniem, który to odpis przy niniejszem załączamy.

Pan Inspektor Szkolny zaliczył 10-ciu podpisanych do narodowości niemieckiej, lecz których nie wymienił. Zatem stosownie do tego oświadczamy, że wszyscy podpisani zaliczamy się do narodowości niemieckiej i życzymy, aby nasze dzieci chociaż naukę religji otrzymywali w języku niemieckim.

My nie możemy Panu Inspektorowi wzgl. władzy przyznać prawa rozstrzygania nad naszą narodowością. Twierdzeniu, że kilku z nas, z powodu mazurskiego pochodzenia nie jesteśmy narodowości niemieckiej, nie możemy przyznać i zaprzeczamy. Oświadczamy wyraźnie, iż my wszyscy, chociażby mazurskiego pochodzenia, przyznajemy się do narodowości niemieckiej. Wobec tego kierujemy naszą prośbę, która została przez Pana Inspektora odmownie załatwioną, do Kuratorjum i prosimy powtórnie o zaprowadzenie nauki religji w języku niemieckim."

Dieses Gesuch ist von sämtlichen evangelischen deutschen Hausvätern und Erziehungsberechtigten in Iłowo unterschrieben worden. Daraufhin wurden die Eltern zu einer Elternversammlung in die Schule nach Iłowo berufen, in der sie durch den Kreisschulinspektor und den Wojt Kasprzyk veranlaßt werden sollten, ihre Unterschriften zurückzuziehen. Nebenbei sei erwähnt, daß dieser Wojt Kasprzyk ein mit Gefängnis vorbestrafter ehemaliger Steinklopfer ist, gegen den mehrere Beschuldigungen, u. a. die des Raubes und der Bestechlichkeit, vorliegen. Die Elternversammlung trug sich nun folgendermaßen zu:

Die Eltern mußten draußen im Hausflur warten, und der Wojt und der Kreisschulinspektor wollten sich jede Person einzeln vornehmen, um sie zu veranlassen, ihre Unterschrift unter dem gemeinsamen Gesuch zurückzuziehen. Dieses Manöver gelang auch bei der Witwe Wessolek. Der vorher geschilderte Wojt in Gemeinschaft mit dem Kreisschulinspektor drohte, sie würde die Kriegsrente für ihre Kinder verlieren, falls sie weiter ihren Wunsch aufrechterhalte, diese in eine deutsche Schule zu schicken. Die Frau Wessolek zog unter diesem Druck und weil sie über die rechtlichen Verhältnisse nicht informiert war, ihre Unterschrift zurück, verlangte aber im übrigen nach wie vor die deutsche Erziehung ihrer Kinder. Als zweites Opfer war die Witwe Janowski ausersehen, die auch irgend eine kleine Rente von zwei oder fünf Zloty monatlich bekommt. Die draußen wartenden Hausväter wollten sich diese Vergewaltigung durch die Behörde nicht gefallen lassen und wählten deshalb vier Delegierte, die dem Kreisschulinspektor erklären mußten, daß er entweder eine öffentliche Elternversammlung abhalten solle oder aber, daß sie als Vertrauensleute der Gemeinde bei dem Verhör, das die beiden Herren über die einzelnen ergehen lassen wollten, zugegen sein dürften. Darauf stellte der Kreisschulinspektor die weiteren Verhöre ein, mit der Bedrohung, sie würden sich vor dem Starostwo zu verantworten haben. Es erfolgte dann auch zum 3. 2. prompt die Vorladung vor den Starosten. Von diesem wurden die Eltern wieder einzeln in Gegenwart des Wojt Kasprzak und des Kreisschulinspektors vernommen. Der Zweck der Übung war, die Eltern zur Rücknahme ihrer Unterschriften zu veranlassen. Das wurde bei jedem einzelnen individuell versucht. Der Witwe Jankowski wurde gedroht, daß sie ihre Rente verlieren würde. Dem einen Hausvater wurde gesagt: „Sie wurden doch beim preußischen Militär als polnisches Schwein ausgeschimpft." Die Unterstellung wurde von dem betreffenden Hausvater mit Entrüstung zurückgewiesen. Einem anderen Hausvater wurde erklärt, er würde seine polnische Staatsangehörigkeit wieder verlieren, die er erst durch Rückgängigmachung seiner Option wiedererlangt habe. Einigen Hausvätern wurde gesagt, sie hätten doch Rentengüter und sie sollten sehen, was ihnen passieren würde. Einem anderen wurde erklärt, wenn die Eltern eine deutsche Schule verlangten, so würden ihre Kinder nur in deutscher Sprache unterrichtet werden, sie würden dann überhaupt kein Polnisch lernen und im polnischen Staate nicht angesehen sein. Einem anderen, der Mitglied des Kreistags ist, wurde daraus ein Vorwurf gemacht, daß er sich trotzdem zum Deutschtum bekenne. An einen der Hausväter wurde, wie er angibt, wohl zehnmal die Aufforderung gestellt, die Unterschrift zurückzuziehen, und dem einen der Hausväter erklärte der Kreisschulinspektor schließlich: „Kriegen tut Ihr die deutsche Schule doch nicht, denn es müssen nach einem neuen Gesetz 60 und nicht 40 Kinder zur Bildung einer deutschen Schule vorhanden sein." Mit diesen und ähnlichen Mittelchen wollte man die Eltern zu einem Zurückziehen der Unterschriften veranlassen. Die Vorgeladenen hatten etwas Derartiges schon vorausgesehen, und jeder hatte noch eine Einzelerklärung mit etwa folgendem Wortlaut mitgenommen:

„Niniejszem podaję do wiadomości, że jestem z narodowości niemieckiej i powtarzam jeszcze raz życzenie moje, z naszej ogólnej prośby, aby dzieci moje w szkole w niemieckim języku otrzymali."

Iłowo, dnia 3. III. 26.

Diese Erklärung wurde auf dem Starostwo nicht angenommen. Statt dessen mußten sie auf dem Starostwo ein Protokoll unterschreiben. Die Hausväter haben in diesem Protokoll erneut zum Ausdruck gebracht, daß sie deutscher Nationalität seien und für ihre Kinder die deutsche Unterrichtssprache wünschten. Allem Anschein nach will aber die Schulbehörde diese Willenserklärung der Eltern nicht gelten lassen und den Kindern nach wie vor die deutsche Unterrichtssprache vorenthalten.

Das ganze Verfahren, wie es der Kreisschulinspektor mitsamt dem Wojt und dem Starosten angewandt hat, ist als eine unmoralische und gesetzwidrige Beeinflussung und Pressung zu betrachten. Denn über ihre eigene und die Nationalität der Kinder haben allein die Eltern und die Erziehungsberechtigten zu entscheiden.

Wir fragen deshalb den Herrn Minister an:

1. ob er das Verfahren der Schulbehörde und der Kreisverwaltungsbehörde im Kreise Soldau für richtig hält oder es gar deckt,
2. was er zu tun gedenkt, daß in Zukunft in diesem Falle und in ähnlichen Fällen jede gesetzwidrige und unmoralische Beeinflussung der Eltern durch die Beamten unterbleibt,
3. ob die Schulbehörde gewillt ist, die Willenserklärung der deutsch-evangelischen Eltern als Unterlage für die Gewährung einer Schule mit deutscher Unterrichtssprache zu betrachten oder nicht?

Warschau, den 22. März 1926.

Die Interpellanten.

Vom Sejm.

Der Sejm setzte gestern die Beratungen über den Bericht der Sonderkommission für die Prüfung der Verhältnisse in den polnischen Gefängnisses fort. Zunächst sprach der Justizminister Piechocki, der u. a. folgendes sagte: „Die Ergebnisse der Visitation (Untersuchungskommission für die Gefängnisse) sind im allgemeinen günstig, und nur vereinzelte Fälle haben eine schärfere Kritik erfahren. Das Urteil der Auslandsmissionen ist sogar weit günstiger ausgefallen, was ein Beweis dafür ist, daß wir selbst in der Kritik härter sind als andere über uns. Das ist ein günstiges Zeichen, das davon zeugt, daß man gegen die Gebrechen nicht die Augen verschließt und danach strebt, diesen Teil der Verwaltung zu vervollkommnen. Einen guten Stand der Gefängnisse haben wir in der Westmark, in Mittelkongreßpolen, Wilna, Grodno, Luck, und der schlimmste Stand besteht in Kleinpolen, Lodz und den Ostmarken. Die Gefängnisbibliotheken und die Lehrhilfen nehmen an Umfang zu. Besonderes Augenmerk richte ich auf die Frage der Untersuchungshaft. Ich habe eine Zusammenkunft der Staatsanwälte von Appellationsgerichten einberufen, die ich dazu verpflichtet habe, dafür Sorge zu tragen, **daß die Verhängung der Untersuchungshaft nicht leichtsinnig angewendet wird.** Sonderrechte für politische Gefangene bestehen nirgends. Was die Vorfälle in Lemberg betrifft, so kann ich nach einer Verständigung mit dem Innenminister erklären, daß Kajdan und Łukomski ihres Dienstes enthoben worden sind.

Der Abg. Zwierzyński vom Nat. Volksverband bemerkte, daß einer der Anlässe für die Beschleunigung der Aufsetzung des Kommissionsberichts der Aufruf einer Reihe hervorragender Ausländer gewesen sei, der gegen den angeblichen weißen Terror in Polen protestierte. Der Redner habe feststellen können, daß alle in diesem Aufruf enthaltenen Vorwürfe Verleumdungen seien. Die Gefängnisse seien zwar noch nicht so, wie man sie wünschte, aber es gäbe auch welche, die auf der Höhe ihrer Aufgabe ständen. Gewisse Franzosen, Italiener und Rumänen, die polnische Gefängnisse besuchten, hätten erklärt, sie wünschten, daß sie bei ihnen ebenso humanitär wären. Das Gefängnis von Białystok gehöre zu den besten. Der Redner widersetzte sich der Aufhebung des Heiligenkreuz-Gefängnisses mit dem Hinweis darauf, daß es noch schlechtere gäbe, zum Beispiel in Lodz.

Bei der Rede des Kommunisten Prystupa kam es, als dieser dem Schlußzeichen des Vizemarschalls Pluczyński nicht Folge leisten wollte, zu einem Tumult, in dessen Verlauf der Abg. Dobija vom Nat. Volksverband zur Rednertribüne schritt und dem Kommunisten Prystupa seine Redezettel fortnahm. Als dieser trotzdem nicht weichen wollte, versuchte der Abg. Dobija ihn mit Gewalt von der Rednertribüne wegzubringen. Es entstand eine Art von Handgemenge, und der Vizemarschall war gezwungen, die Sitzung abzubrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlangte der Abg. Rudzyński von der Wyzwoleniegruppe, gegenüber dem Abg. Dobija alle in der Geschäftsordnung vorgesehenen Konsequenzen zu ziehen. Auf den Einwand des Vizemarschalls Pluczyński, daß der Abg. Dobija zur Ordnung gerufen und ins Protokoll eingetragen worden sei, erwiderte der Abg. Rudzyński, daß die Strafe zu milde sei, und beantragte, den Abgeordneten von drei Sitzungen auszuschließen. Als der Vizemarschall Pluczyński darauf nicht eingehen wollte, beantragte der Abg. Rudzyński, dem Vizemarschall ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Als der Vizemarschall erklärt hatte, daß dieser Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt würde, **entstand wieder ein Tumult, und die Sitzung mußte wiederum abgebrochen werden, um den Seniorenkonvent einzuberufen.** Nach einstündiger Pause wurde die Sitzung wieder aufgenommen, indem der Vizemarschall in formeller Angelegenheit dem Abg. Rudzyński das Wort erteilte. Dieser erklärte, daß er in der Überzeugung, daß der Vizemarschall nach der Diskussion im Seniorenkonvent nunmehr dem Abg. Dobija gegenüber die entsprechende Strafe anwenden werde, seinen Mißtrauensantrag zurückziehe. Der Vizemarschall Pluczyński gab dann eine Erklärung ab, nach der er den Abg. Dobija **von drei Sitzungen ausschloß.**

In vorgerückter Stunde wurde die Sitzung geschlossen. Auf der Tagesordnung der heutigen Sejmsitzung steht u. a. die zweite Lesung des Gesetzes über die Rekruteneinziehung.

Vom Ministerrat.

Nach einer Warschauer Meldung des „Kurjer Poznański" soll bezüglich der Antwort auf das Schreiben des Staatspräsidenten über dessen militärische Kompetenzen zwei Projekte bestehen, eins des Ministers Piechocki und ein zweites vom Minister Żeligowski. Eine Konferenz des Premiers mit dem Kriegsminister verfolgte den Zweck, diese beiden Projekte miteinander in Einklang zu bringen. Die endgültige Entscheidung fällt der Ministerrat.

Mißhandlung deutscher Kinder.

Interpellation

des Abg. Graebe, Klinke und Genossen an den Herrn Unterrichtsminister, wegen Pressung deutscher katholischer Kinder in Konitz in die polnische Schule und Mißhandlung in derselben.

Der Bahnarbeiter Emil Makowski aus Chojnice, der deutscher Nationalität ist, wurde im Jahre 1922 gezwungen, seine beiden Kinder Paul und Alfons Grabowski in die polnische Schule zu schicken. Makowski wurde bald darauf aus dem polnischen Bahndienst entlassen und die Familie versucht nun vergebens, die Kinder aus der polnischen Schule herauszubekommen. Es ist dem Kreisschulinspektor schon mehrere Male erklärt worden, daß die Familie deutscher Nationalität sei und zu Hause nur deutsch spreche, trotzdem hat er einer Rücküberweisung in die deutsche Schule nicht stattgegeben. Die Kinder haben nach Aussage der Eltern viel zu leiden, weil sie dem Unterricht nicht folgen können. Insbesondere empfinden es die Eltern auch als eine ungeheure Härte, daß die Kinder Religionsunterricht in polnischer Sprache genießen müssen. Es ist schon häufig vorgekommen, daß der 11jährige Alfons, der ein schwächlicher Junge ist, von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags in der Klasse stehen mußte und in den Pausen nicht herausgehen durfte, weil er in der Religionsstunde nicht polnisch antworten konnte. Diese Art von Religionsunterricht in einer polnischen Schule besagt genug. Der elfjährige Paul Grabowski wurde vor einiger Zeit von dem Lehrer **Olszewski so geschlagen, daß er über und über voll Blut war und seine Vorderzähne ausgebrochen wurden. Diese Mißhandlung geschah in der Weise, daß Olszewski den Jungen mit beiden Händen am Kragen und am Gesäß faßte, und mehrere Male auf die Bank schlug. Als der Knabe dann unter die Wasserleitung ging, um sich von Blut zu reinigen, gab O. ihm noch einen Faustschlag unter das Kinn, dieses alles, obwohl die Prügelstrafe durch Ministerialerlaß in Polen verboten ist mit dem eigenartigen und ungerechtfertigten Hinweis, daß die alten „preußischen barbarischen Methoden aufhören müßten".**

Zeugen für diese Mißhandlung sind die Schüler und Zeugen dafür, in welchem Zustande der Junge die Schule verließ, ist der Gefangenaufseher Jeszke aus Konitz.

Einige Zeit später wurde der Knabe von Olszewski mit einem dicken Stock über den Kopf geschlagen, so daß der Junge seit dieser Zeit dauernd an Kopfschmerzen leidet. Der Kreisschulinspektor ist wohl benachrichtigt worden, aber er ist nicht dagegen eingeschritten.

Vielmehr versuchte der Kreisschulinspektor andauernd, Kinder aus der deutschen in die polnische Schule herüberzuziehen, dann verlangt er von den Eltern eine Nationalitätserklärung, die sie vor dem Starostwo ablegen sollen. Auf dem Starostwo werden dann die Eltern stundenlang bearbeitet, eine Erklärung abzugeben, daß sie polnischer Nationalität seien.

Ein solcher Versuch wurde z. B. auch mit der Frau Kalinowski gemacht. In der polnischen Schule in Konitz sind eine große Anzahl deutscher katholischer Kinder vorhanden, deren Eltern nur dem Druck der Schulbehörde und dem Starosten, vielfach auch der Angst, ihr Brot zu verlieren, gefolgt sind.

Das vorstehend angeführte Beispiel **über die Behandlung** dieser Kinder ist nicht vereinzelt.

Wir fragen daher den Herrn Unterrichtsminister an:

1. **Ist ihm bekannt, daß in Konitz die deutschen katholischen Kinder durch behördliche Druckmittel in die polnische Schule gezwungen worden sind,**
2. **gedenkt er eine Anweisung zu erlassen, daß es den deutschen katholischen Eltern freisteht, ihre Kinder wieder in der deutschen Schule unterzubringen,**
3. **gedenkt er anzuordnen, daß die Schulbehörde die Nationalitätserklärung der deutschen Eltern als Unterlage für die Einweisung ihrer Kinder in die deutsche Schule benutzen soll,**
4. **ist er bereit, den Lehrer Olszewski wegen Mißhandlung zur Verantwortung und Bestrafung heranziehen zu lassen?**

Warschau, den 22. März 1926.

Die Interpellanten.

Ignacy Rosner †.

Gestern starb plötzlich am Herzschlag der hervorragende polnische Publizist und Chefredakteur des „Nowy Kurjer Polski" (früher „Kurjer Polski", der bekanntlich jetzt General Sikorski gehört! Red. d. „Pos. Tagebl.") Ignacy Rosner, der am 18. Januar 1865 in Krakau geboren wurde, besuchte die Jagiellonische Universität und studierte dann in Leipzig und Berlin. In Wien übernahm er später einen Posten im Kultusministerium. Darauf wurde er Stellvertreter des Ministers für das frühere Galizien. In der Folgezeit wurde er ins österreichische Parlament gewählt, gehörte der konservativen Partei an und war Redakteur des „Czas" in Krakau. Zur Zeit des Kabinetts Badeni wurde er zum Chef des Pressebüros im Ministerrate ernannt und bekleidete diesen Posten mehrere Jahre. Im Jahre 1915 wurde er zum Kommissar der österreichischen Regierung beim Staatsrat des ehemaligen Königreichs Kongreßpolen ernannt. 1919 übernahm er den Posten des Chefredakteurs des „Kurjer Polski", um nun, nach dem bekannten Konflikt in diesem Jahre (1926), Chefredakteur des „Nowy Kurjer Polski" zu werden.

*

Chefredakteur Ignacy Rosner gehörte zu den begabtesten und sachlichsten polnischen Journalisten in Polen. Er zeichnete sich durch eine unbedingte Klarheit der Anschauungen und vor allem durch seine ausgezeichneten wirtschaftlichen Kenntnisse besonders aus. Rosner war aber auch ein Mann von ganz ausgezeichneter politischer Fähigkeit. Was ihn uns so schätzenswert machte, das war seine hohe Auffassung vom journalistischen Beruf, das war seine objektive Sachlichkeit und seine große Gerechtigkeitsliebe. Er vertrat seinen Standpunkt mit Nachdruck und Kraft, ohne dabei jemals in den sonst allgemein üblichen Radauton zu fallen. Selbst in Zeiten größter Erregung der politischen Leidenschaften entströmte dem von ihm geleiteten Blatt die überlegende, abwägende Einstellung. Der Verstorbene hat oft genug auch für die Minderheiten das Wort ergriffen, und er gehörte zu den wenigen tapferen Männern, die hier in Polen ruhig zu sagen wagten, daß die deutsche Kraft und der deutsche Fleiß Europa nur Segen bringen. Er ist von den Rechtsparteien schroff angegriffen worden, und oft genug hat man seine politische Überzeugung anzuzweifeln gewagt, weil man meist für seine Auffassung von Recht und Wahrheit kein Verständnis hatte.

Wir Deutsche sehen in Rosner einen Mann scheiden, der in den Kreis der wenigen Gerechten eine Lücke reißt, wie sie so schnell kaum ausgefüllt werden kann. Heute, da auch ihm gegenüber politische Gegensätze verstummt sind (sie bestanden aus verständlichen Gründen durchaus!), ziehen auch wir vor diesem Manne den Hut, weihen auch wir ihm einen Gruß an diesem Frühlingstage, einen warmen Gruß, der immer dem ehrlich Strebenden gebührt. Nach einem so reichen und arbeitsfreudigen Leben sei der ewige Frieden ihm eine beglückendere Freiheit.

Zwei Genfer Briefe an Rußland.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat in Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 18. März an die russische Regierung zwei Briefe gerichtet. Das erste besonders lange Schreiben erinnert an die russische Ablehnung der Einladung zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, ist datiert vom 16. Januar, beruft sich auf die zum Ausdruck gebrachte freudige Bereitwilligkeit der Sowjetregierung, sich an jeder anderweitigen Abrüstungskonferenz zu beteiligen, und führt das Schreiben des schweizerischen Bundesrats vom 30. Dezember 1925 an den Völkerbundsrat an, in dem **die Eidgenossenschaft sich verpflichtet, den Schutz der russischen Delegierten ebenso sorgfältig wie den aller anderen Delegierten zu übernehmen.** Der Völkerbundsrat ersucht nochmals die russische Regierung, an der vorbereitenden Abrüstungskommission teilzunehmen, und schließt, er glaube nicht, daß die russische Regierung darauf bestehen werde, daß zu ihren Gunsten Ausnahmebestimmungen getroffen würden. **Der Völkerbundsrat hoffe daher, daß die** russische **Regierung ihre Vertreter zur vorbereitenden Abrüstungskommission schicken werde, die für den 18. Mai 1926 nach Genf einberufen worden ist.**

Das zweite Schreiben übermittelt der russischen Regierung den Bericht des tschechoslowakischen Außenministers Benesch, der vom Völkerbundsrat am 18. März 1926 angenommen wurde. In diesem Schreiben wird daran erinnert, daß die vorbereitende Abrüstungskommission am 18. Mai und die Militärkommission am 19. Mai zusammentreten. **Rußland wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Militärkommission durch Mitglieder aller eingeladenen Mächte vermehrt worden ist, und daß die Vertreter der Nichtmitglieder auf gleichem Fuße mit den militärischen Vertretern der Ratsmächte werden arbeiten können.** Außerdem erinnert der Rat die russische Regierung noch daran, daß auch für die gemischte Kommission (juristisch-wirtschaftliche) die Vertreter von vier weiteren Staaten eingeladen worden sind, nämlich: Rußland, Vereinigte Staaten, Japan und Deutschland.

Der Wortlaut der authentischen Auslegungen der Londoner Arbeitszeitkonferenz

Wir haben hierüber sowohl während der Verhandlungen als auch nach Schluß der Arbeitszeitkonferenz berichtet. Es folgt nunmehr der Wortlaut der Auslegungen, worin es heißt:

Zu Artikel 1. Es besteht Einverständnis darüber, daß das Übereinkommen auf alle gewerblichen Betriebe anzuwenden ist, gleichviel, wie groß die Zahl der beschäftigten Personen ist, ausgenommen die im Artikel 2 bezeichneten Familienbetriebe. Es besteht Einverständnis darüber, daß der Dienst der Post, der Telegraphie und der Telephonie im eigentlichen Sinne nicht unter das Übereinkommen fällt, daß aber Bau-, Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten hinsichtlich der Post-, Telegraphen- und Telephonanlagen darunter fallen.

Zu Artikel 2. Es besteht Einverständnis darüber, daß Arbeitszeit die Zeit ist, in der der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber zur Verfügung steht, und daß sie nicht die Ruhepausen umfaßt, während deren der Arbeitnehmer nicht zur Verfügung des Arbeitgebers steht, und die gemäß Artikel 8 bekanntgemacht sein müssen.

Zu Artikel 5. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Bestimmungen des Artikels 5 auf das Baugewerbe angewandt werden können.

Zu Artikel 6a. Der Ausdruck Arbeitsbereitschaft darf nicht zu weit ausgelegt werden. Er findet nur Anwendung auf Pförtner, Wächter, Feuerwehrleute und andere Arbeitnehmer, deren Arbeit nicht der Gütererzeugung im engen Sinne dient, und deren Beschäftigung ihrer Art nach lange Zeitabschnitte umfaßt, in denen von den Arbeitern weder eine wirkliche Arbeit noch eine angestrengte Aufmerksamkeit verlangt wird, sondern während deren sie an ihrem Platz bleiben müssen, um im Bedarfsfalle eingreifen zu können.

Zu Artikel 6b. Es besteht Einverständnis darüber, daß es zur Zuständigkeit der Gesetzgebung jedes Landes gehört, für die nach Artikel 6b zu leistenden Überstunden eine Höchstzahl festzusetzen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Verpflichtung, die das Übereinkommen zur Zahlung eines Lohnzuschlags ausspricht, sich lediglich auf die in Artikel 6b vorgesehenen Ergänzungsstunden bezieht. Es besteht Einverständnis darüber, daß der Mindestbetrag für den Lohnzuschlag von 25 v. H., der im Artikel 6 vorgesehen, zwingend vorgeschrieben ist.

Um die Arbeitszeit in einer Woche auf fünf Tage oder in zwei Wochen auf elf Tage verteilen zu können, ist es zulässig, einen Plan über einen längeren Zeitraum als die Woche in ähnlicher Weise aufzustellen, wie dies im Artikel 5 vorgesehen ist. Dabei wird vorausgesetzt, daß die durchschnittliche Arbeitszeit 48 Stunden in der Woche nicht überschreitet.

Es besteht Einverständnis darüber, daß Arbeit über 48 Stunden wöchentlich hinaus, die ihrer Art nach an dem wöchentlichen Ruhetag notwendig ist (soweit sie nicht unter die Artikel 2c, 3, 4 und 5 des Übereinkommens fällt), entweder als Arbeitszeit, die unter die landesgesetzlichen Vorschriften über den wöchentlichen Ruhetag fällt, oder als Arbeitszeit, die unter die Bestimmungen des Artikels 6 fällt, zu behandeln ist.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die Eisenbahnen unter das Übereinkommen fallen. Soweit Artikel 5 und Artikel 6a für die Bedürfnisse der Eisenbahn nicht genügen, können die notwendigen Überstunden nach Artikel 6b zugelassen werden.

Es besteht Einverständnis darüber, daß, wenn Staaten die Nachholung der infolge von Feiertagen ausgefallenen Arbeitszeit über 48 Stunden wöchentlich hinaus gestatten, diese Arbeitszeit unter die durch Artikel 6 vorgeschriebene Höchstzahl von Überstunden fällt, und daß für sie der in diesem Artikel vorgeschriebene Überstundenzuschlag bezahlt werden muß. Ausgenommen ist die Nachholung allgemeiner nationaler Feiertage und bezahlten Urlaubs.

Zu Artikel 14. Es besteht erstens Einverständnis darüber, daß die Regierung den Artikel 14 in seinem Wortlaut in die Landesgesetzgebung aufnimmt. Ferner ist man darüber einig (der Vertreter Großbritanniens nur vorläufig), daß von Artikel 14 nur im Fall einer Krise Gebrauch gemacht werden darf, die die nationale Wirtschaft so stark trifft, daß die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung bedroht sind. Dagegen kann eine Wirtschafts- oder Handelskrise, die nur einzelne Wirtschaftszweige betrifft, nicht als eine Gefährdung der Staatssicherheit angesehen werden und daher die Außerkraftsetzung des ratifizierten Abkommens nicht rechtfertigen.

An zuständiger Stelle besteht kein Zweifel daran, daß in den an der Konferenz beteiligten Hauptindustrieländern das Abkommen ratifiziert werden wird

Mussolini und der Matteotti-Mord.

Bei dem Mordprozeß in Chieti, wo sich ein sorgfältig zusammengestellter Gerichtshof mit der Aburteilung des Matteotti-Mordes befaßt, stehen bekanntlich nur ganz wenige Leute unter Anklage, die bei dem Mord des sozialistischen Führers lediglich Handlangerdienste geleistet hatten, während die Hauptschuldigen Filipelli, Marinelli und der Polizeichef Cesare Rossi im November 1925, wenige Tage nach dem ad hoc inszenierten Attentatsschwindel amnestiert worden waren. Plötzlich taucht nun Cesare Rossi auf französischem Boden, in Nizza, auf und kündigt an, daß er nunmehr vor aller Welt über die Schuld Mussolinis reden werde. Nach einer abenteuerlichen Flucht im Motorboot ist er an der französischen Küste gelandet und hat jetzt in der Zeitung „Petit Nicois" wichtige Erklärungen abgegeben. Darin schildert er den Gang der Untersuchung, die bereits im Dezember 1924 abgeschlossen war. Mussolini benutzte dann die Enthüllungen, die im Blatt „Popolo" gegen den Leiter der Geheimpolizei, General de Bono, im Zusammenhang mit dem Matteotti-Mord erschienen waren, um die 70 Bände starken Akten dem Untersuchungsrichter zu entziehen und dem Staatsgerichtshof zu übergeben, der sie bis zum Juli 1925 behielt und schließlich zu einem Freispruch De Bonos „wegen Mangel an Beweisen" gelangte.

Inzwischen sorgte der neue Justizminister Rocco für die Einbringung und Durchpeitschung von Gesetzen, durch die der richterliche Apparat völlig in Abhängigkeit vom Ministerpräsidenten gebracht wurde. Oberstaatsanwalt Tancredi und Präsident Del Guidice, die bis dahin die Untersuchung geführt hatten, wurden durch zwei neue Beamte ersetzt, zum Oberstaatsanwalt wurde ein Verwandter Farinaccis, namens Del Vasto, bestellt, der innerhalb von zwei Monaten eine neue Anklageschrift ausarbeitete, durch die die Amnestierung der drei Hauptbeschuldigten ermöglicht wurde.

Auf die Frage des Berichterstatters des „Petit Nicois", warum denn die Anklagebehörde ein solches Interesse daran gehabt habe, die Verantwortung Rossis dermaßen einzuschränken, antwortete der frühere Polizeichef Mussolinis:

„Das ist ganz klar. Die Regierung wollte der Öffentlichkeit vortäuschen, daß die präzisen Anschuldigungen, die ich in drei verschiedenen Denkschriften gegen Mussolini erhoben hatte, aus Sorge vor meiner Verantwortung in der Affäre Matteotti entsprungen waren. Ich werde den Beweis erbringen, daß alle Gewalttaten von Mussolini inspiriert und verlangt wurden, der Italien in einen Dauerzustand von Zusammenstößen und Bürgerkrieg versetzt hat, lediglich um darauf seine persönliche Macht zu gründen, wobei er sich jedesmal als Friedensstifter hinstellt und die Ausführer seiner Befehle einsperren läßt, wenn er vor den tragischen Folgen der Ereignisse Angst kriegt, die er selbst hervorgerufen hat, oder wenn er dem Auslande gegenüber ein „Alibi der Mäßigung" benötigt."

Rossi begründete seine jetzige Haltung damit, daß er sich zugunsten Mussolinis geopfert haben würde, daß er sich aber nicht von ihm entehren lasse. Mussolini habe am 13. Juli 1924 in der Kammer die Ermordung Matteottis als ein Verbrechen gegen die Nation bezeichnet, das nur der ärgste Feind des Faszismus begangen haben könnte. Auf diese Art habe Mussolini versucht, ihn, der eine politische Tat im Auftrage Mussolinis begangen hätte, als einen gemeinen Verbrecher hinzustellen. Nachdem nun Rossi alle Brücken zu Mussolini abgebrochen hat, darf man auf seine weiteren Enthüllungen gespannt sein.

Urteil im Matteottiprozeß.

Gestern abend ist im Prozeß gegen den Mörder Matteottis das Urteil gefällt worden. Der Staatsanwalt verlangte für die Angeklagten Dumini, Volpi und Poveremo 12 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 5 Jahre 11 Monate und 20 Tage, lebenslänglichen Verlust der Ehrenrechte und Rückerstattung der Gerichtskosten. Die Angeklagten Malacria und Viola wurden freigesprochen. Die Vollstreckung des Urteils wurde auf 4 Jahre hinausgeschoben.

Deutsches Reich.

Apostolischer Segen für die Flotte des Norddeutschen Lloyd.

Direktor Adolf Stadtländer vom Norddeutschen Lloyd wurde am Donnerstag vom Papst Pius XI. in Audienz empfangen. Stadtländer hatte dabei Gelegenheit, den Heiligen Vater über die sozialen Einrichtungen sowie die Spezialfürsorge für Auswanderer und Missionsmitglieder auf den Schiffen des Lloyd einen Vortrag zu halten. Mit besonderem Interesse nahm das Oberhaupt der katholischen Kirche von dem Bericht über die neu eingerichteten, allen Anforderungen des religiösen Ritus Rechnung tragenden Altäre, woran während der Überfahrt von den mitreisenden Passagieren geistlichen Standes täglich regelmäßig die Heilige Messe gelesen wird, Kenntnis und betrachtete mit Worten der Anerkennung für die auf diesem sittlich, religiösen und sozialen Gebiet geleistete Arbeit des Lloyd eine Reihe von Bildern, welche die auf verschiedenen Lloyddampfern in obigem Sinn getroffenen Einrichtungen darstellen. Stadtländer, der während seiner Anwesenheit in Rom führende Kirchenfürsten besuchte, empfing am Schluß der Audienz beim Heiligen Vater den apostolischen Segen für die Flotte des Norddeutschen Lloyd.

Von der Anklage des Vatermordes freigesprochen.

Wir haben im Dezember vorigen Jahres über den unten besprochenen Fall eingehend berichtet und bringen jetzt das Urteil nach der Verhandlung gegen den Mörder seines Vaters.

Einen ungewöhnlichen Freispruch fällte das Hamburger Schwurgericht. Der Angeklagte, der 21jährige Reisende Edgar Pülichen, hat am 1. Dezember vorigen Jahres seinen 60jährigen Vater erschossen, der seit Jahren seine Familie brutal mißhandelte. Der Ermordete, ein vielmals vorbestrafter und dem Trunke ergebener Mensch, der übrigens einer angesehenen Lübecker Kaufmannsfamilie entstammte, benutzte zum Mißhandeln seiner Frau und Tochter eine eigens angefertigte Peitsche, die aus sieben Lederriemen bestand einen Gummiknüppel und einen Spazierstock aus Rohr, mit denen er blindlings auf seine Angehörigen einschlug. Mehrfach sind Mutter und Kinder vor den Mißhandlungen aus dem Hause geflohen. Die Mutter hat mehrere Male Selbstmordversuche gemacht. Der Ermordete sorgte in der letzten Zeit für seine Familie überhaupt nicht mehr, sondern vertrank sein gesamtes Geld. Dem Mordtage waren wieder schwere Mißhandlungen vorangegangen, und als am Morgen der alte Büttchen in zynischer Weise mit der Fortsetzung drohte, griff der Sohn in der Erregung zur Waffe.

Selbst dem Staatsanwalt wurde es in diesem Fall nach seinen eigenen Worten schwer, seines Amtes zu walten. Er bedauerte, daß eine Gefängnisstrafe nicht zulässig sei, und beantragte nach dem Gesetz Todesstrafe wegen Mordes. Das Gericht kam zu der Annahme, daß Ueberlegung bei Begehung der Tat nicht vorgelegen habe, und sprach den Angeklagten unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse frei.

Aus anderen Ländern.

Senator Bora kommt nach Moskau.

Nach Meldungen, die die „Za Swobodu i Rodinu" aus Moskau erhalten haben will, wird Senator Bora mit einigen anderen Vertretern, die gleichfalls seine Meinung über Rußland teilen (Senator Bora ist bekanntlich ein Freund Rußlands und tritt für Rußland ein), nach Moskau reisen. In Moskau rechnet man bestimmt mit diesem amerikanischen Besuch und hofft dadurch eine Aufbesserung der Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten herbeizuführen.

Explosion in einem französischen Laboratorium.

In einem Laboratorium einer pharmazeutischen Fabrik ist aus noch unbekannten Gründen ein Benzinbehälter explodiert. Die Detonation war fürchterlich. Von den bei der Explosion in die Luft geschleuderten Gegenständen wurde ein Arbeiter getötet und andere 38 Personen schwer verletzt. Drei der Verletzten schweben in Lebensgefahr. Der durch das Unglück verursachte Schaden wird auf ungefähr 500 000 Franken berechnet.

Sinowjew über die russische Propaganda in Amerika.

Der „New York Herald" berichtet aus Moskau, wie „Za Swobodu i Rodinu" schreibt, daß Sinowjew in einer Rede, die er anläßlich einer Tagung hielt, besonders auf die Propaganda in Amerika hingewiesen habe. Sinowjew erklärte u. a.: „Amerika ist das Land, in dem die Propaganda der Räterepublik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln betrieben werden muß. Amerika spielt heute die größte Rolle im Leben der Völker, und damit muß man rechnen. Die Losung der Arbeiterschaft muß deshalb nicht „Nieder mit den Vereinigten Staaten!", sondern „Nieder mit dem amerikanischen Imperialismus!" heißen. Weiter wies der Redner dann darauf hin, daß es ein grober Fehler der Vereinigten Staaten von Amerika sei, daß sie nicht die Regierung Rußlands anerkennen, so lange die dritte Internationale bestehe. Der Tag sei nicht mehr fern, da Amerika sich etwas mehr mit uns beschäftigen dürfte. Um diesen Tag aber bald herbeizuführen, muß eine ausgiebige Propaganda getrieben werden. Besonders in den Heeren der imperialistischen Staaten muß gearbeitet werden, wenn die Ziele der Räterepublik erreicht werden wollen."

Ein Monte Carlo-Skandal.

Aus Monte Carlo meldet die „Wiener Allgemeine Zeitung": Hier hat sich am Freitag ein aufsehenerregender Vorfall ereignet. Ein russischer Sowjetkommissar namens Melekin verlor an einem Ende des grünen Tisches nahezu 600 000 Frank, während am anderen Ende desselben Tisches der Herzog von Westminster ebenfalls riesige Summen einbüßte. Während sich die Aufmerksamkeit des Publikums noch auf beide Spieler richtete, entstand plötzlich eine große Bewegung, da ein Franzose namens Husson, der des Falschspielens angeklagt ist und schon längere Zeit von den Behörden gesucht wurde, plötzlich verhaftet wurde. Der Franzose spielte mit falschen Marken, wobei ihn die Polizei ertappte. Die Geheimpolizei war ihm bereits längere Zeit auf der Spur, schritt jedoch erst jetzt zur Verhaftung, da sie hoffte, noch seine Komplizen verhaften zu können. In seinem Hotelzimmer wurden ganze Einrichtungen zur Herstellung der falschen Spielmarken und ein Buch gefunden, in dem die Gewinne, die durch die Fälschungen erzielt wurden, eingetragen waren.

In kurzen Worten.

Der geplante Nordpolflug der Wilkins-Expedition ist verschoben worden, da alle drei Flugzeuge beschädigt worden sind.

*

Vom 28. März bis 5. April findet in Frankfurt a. M. eine Postwertzeichenausstellung statt.

*

Der deutsche Kreuzer „Berlin" ist von seiner Auslandsreise zurückgekehrt.

*

Aus London kommt die Meldung, daß an Stelle Krassins Litwinow zum Botschafter in London ernannt worden ist.

*

Bei Halle sind zwei Güterzüge mit Personenbeförderung zusammengefahren, wobei drei Personen getötet, acht schwer und drei leicht verletzt wurden.

*

In der Ruhlebener Kaserne bei Spandau brach aus unbekannter Ursache ein Brand aus, der großen Schaden angerichtet hat.

Letzte Meldungen.

Schweres Grubenunglück.

Oberhausen, 25. März. (R.) Auf der Zeche „Oberhausen I und II" der „Guten Hoffnungshütte" ereignete sich heute morgen ein schweres Unglück, indem bei der regelmäßigen Seilfahrt gegen 6.20 Uhr der mit 35 Personen besetzte niedergehende Korb im Schachtsumpf aufstieß. Von den darin befindlichen Bergleuten haben wahrscheinlich 6 bis 7 den Tod gefunden. Die übrigen wurden teils schwer, teils leichter verletzt. Die Bergungsarbeiten sind noch im Gange. Ein noch größeres Unglück ist dadurch verhütet worden, daß der aufwärtsgehende Korb unbesetzt war. Die Untersuchung über die Ursachen des Unglücks wurde von den Bergbehörden eingeleitet.

Bratianu tritt zurück.

Bukarest, 25. März. (R.) Bratianu wird nächsten Sonnabend mittag dem König sein Rücktrittsgesuch überreichen.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: H. Schwarzkopf, Kosmos Sp. z o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Nach schwerem Leiden verschied am 13. März d. Js. in Charlottenburg

Herr Rittergutsbesitzer, Major a. D.

Hugo von Langendorff

auf Kawcze und Zakrzewo.

Der Verstorbene hat seit Begründung unseres Unternehmens dem Aufsichtsrat als stellvertretender Vorsitzender angehört und in vorbildlicher Weise mit Rat und Tat den Interessen unserer Fabrik gedient.

In Dankbarkeit werden wir das Andenken dieses vortrefflichen Mitarbeiters in hohen Ehren halten.

Der Aufsichtsrat und Vorstand der Cukrownia w Miejskiej Górce

Zuckerfabrik Görchen.

Tow. z o. por.

Für die zahlreichen, wohltuenden Beweise der Teilnahme am Heimgange unseres lieben Entschlafenen, sowie auch für die Trostworte des Herrn Pfarrers Schulze, ferner dem Kirchenchor sagen wir auf diesem Wege unseren

innigsten Dank.

Hedwig Gumpert
und **Sohn.**

Morasko, den 25. März 1926.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die vielen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters und Urgroßvaters, des

Landwirts

Rudolf Pohl

sagen wir hiermit allen **unseren innigsten Dank.**

Die trauernden Hinterbliebenen.

Łężec, den 25. März 1926.

Dankjagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, meines einzigen Bruders, Schwagers und Onkels sowie für die vielen Blumenspenden sagen wir hiermit allen lieben Freunden und Bekannten, insbesondere auch Herrn Pastor Falkenhahn und Herrn Pastor Lange für die trostreichen Worte am Sarge und am Grabe **unseren innigsten Dank**

Familie Müller.

Skrobacz, Pecna im März 1926.



Zur Lage in China.

(Von unserem Berichterstatter.)
(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten!)

o. Peking, Mitte März 26.

Es wird in Europa wohl manchen überrascht haben, daß im Beginne der Genfer Verhandlungen das von inneren Wirren und langjährigen Bürgerkriegen zerrissene China so unerwartet mit dem Antrag auftrat, einen Sitz im Völkerbundsrat zu erhalten. China war dabei sogar das erste der nach einem Ratssitze lüsternen Länder, das seinen Antrag formell begründet hatte. Die mittlerweile zurückgestellte Forderung Chinas erschien jedoch weniger auffallend, wenn man das gegenwärtige Verhältnis Sowjetrußlands zu seinem östlichen Nachbarn im Auge behält. Denn es ist wohl sicher, daß der chinesische Schritt in Genf von der geheim arbeitenden sowjetrussischen Politik beeinflußt war.

Es ist deshalb zum Verständnis der Lage in China von Wichtigkeit, die ganze, sehr stark ausgebreitete antikapitalistische Bewegung in diesem großen Lande näher ins Auge zu fassen. Es ist dies um so notwendiger, als neuerdings auch die Presse der mohammedanischen Länder sich sehr eingehend mit den chinesischen Zuständen beschäftigt. Wenn diese Presse auch mehr oder weniger unter sowjetrussischem Einfluß steht, so sind ihre Darstellungen des Kampfes, den das chinesische Volk gegen den hauptsächlich von außen eindringenden Kapitalismus und Imperialismus führt, im allgemeinen durchaus zutreffend.

Um die Einstellung der großen Masse des chinesischen Volkes zu den großen sozialen Bewegungen der Gegenwart im allgemeinen und zum Bolschewismus im besonderen richtig zu verstehen, muß man vor allem sich wenigstens oberflächlich über das chinesische Wirtschaftsleben informieren. Die verschiedenen, in China verbreiteten Religionen spielen gegenüber den schweren wirtschaftlichen Nöten heute einem her untergeordnete Rolle. Namentlich kann der in China am stärksten verbreitete Konfuzialismus der roten Flut des Bolschewismus einen weit weniger wirksamen Damm entgegensetzen, als der weniger Anhänger zählende Buddhismus.

China ist bekanntlich, in fast noch höherem Grade als Rußland, ein ausgesprochenes Agrarland. Denn von 450 Millionen Einwohner gehören nicht weniger als 360 ganz der Landwirtschaft an. Von den drei Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung umfaßt die oberste, die der Grundbesitzer, im ganzen 17 379 000 Familien, die der Pächter 6 780 000 und die dritte und unterste Schicht, die der Halbpächter, 5 438 000 Familien. Abgesehen von den in allen Provinzen nur sehr schwach vertretenen Großgrundbesitzern mit einem durchschnittlichen Besitz von 700 Hektar, kommt auf jede Bauernfamilie im Durchschnitt nur ein halber Hektar Land.

Es ist natürlich, daß unter diesen Umständen bei der sehr primitiven Bewirtschaftung, allenthalben großes Elend herrscht, um so mehr, als die stets verschuldeten Pächter nach Ablauf ihrer Pachtzeit in rücksichtslosester Weise mit ihren Familien auf die Straße gesetzt werden. Sie strömen dann, um nicht zu verhungern, in die Städte, insbesondere die großen Hafenstädte, wo sie als Kulis, Lastträger oder Rickschas ihren Unterhalt zu fristen suchen. Viele von ihnen aber bilden die Landplage Chinas, die Räuberbanden, wenn sie es nicht vorziehen, sich als Soldaten einer der kämpfenden Armeen anzuschließen. Dieser Umstand erklärt es, warum während der nunmehr bereits seit zwölf Jahren tobenden Bürgerkriege es so leicht ist, immer wieder neue Armeen zu bilden. Die Feindschaft und Uneinigkeit der chinesischen Gouverneure, die bald mit den Engländern, bald mit den Japanern oder Russen Hand in Hand gehen, bildet einerseits den Grund für das immer wieder sich erneuernde Aufflammen des Bürgerkrieges. Denn an einer festen Regierung, die wirkliche Autorität besitzt, fehlt es ja schon lange vollständig. Im Norden Chinas hat der Kommunismus gegenwärtig am wenigsten Boden. Natürlich spielen hier auch die weißen russischen Emigranten, unter denen sich viele ehemalige Offiziere befinden, eine bemerkenswerte Rolle. So konnte kürzlich der Gouverneur von Mukden, Li-Thin-Ling, die südlich von Tientsin gelegene Stadt Modchin mit einer kleinen, aber mit schweren Geschützen und Panzerautos ausgerüsteten Heeresmacht erobern, die nur aus 2000 russischen Freiwilligen bestand. Die kommunistische Zeitung „Echo" in Charbin wurde kürzlich unterdrückt, soll aber unter anderem Namen und anderer Redaktion schon wieder weiter erscheinen. Die Regierungstruppen haben von Peking aus die allgemeine Offensive gegen Tschangtsolin wieder aufgenommen, aber dieser hat mittlerweile mit dem General Wupeifu einen Vertrag über die beiderseitigen „Interessensphären" abgeschlossen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse im Süden Chinas, wo der imperialistische Druck von außen her ein sehr viel stärkerer und der Boden für den Bolschewismus ein sehr viel günstigerer ist. In dieser Beziehung verdient der soeben in Kanton abgehaltene chinesische Bauernkongreß besondere Beachtung. Dieser Kongreß, zu dem die Vertreter von 200 000 ländlichen Organisationen erschienen waren, stellte zunächst fest, daß die Bevölkerung Chinas durch den chinesischen Kapitalismus einerseits, den Imperialismus der Fremden, insbesondere der Engländer und der Japaner, andererseits, heute in das größte Elend geraten sei und diese feindlichen Mächte daher scharf bekämpfen müsse. Es wurde auch der Beschluß gefaßt, mit den ländlichen Genossenschaften Rußlands in Verbindung zu treten. Auch für die Interessen der städtischen Arbeiter, der Kulis, trat der Kongreß ein, indem er nachwies, daß die — hauptsächlich japanische und englische — Industrie die chinesischen Rohstoffe, namentlich Seide und Baumwolle, außerordentlich billig einkaufe, die in China selbst verfertigten Fertigfabrikate aber den Chinesen sehr teuer verkaufe. Die Arbeitslöhne sind ja bekanntlich in China außerordentlich gering.

Daß die Engländer mit ihren Mitteln ein sogenanntes „chinesisches Komitee" zur Ausbeutung des Landes begründet haben, hat natürlich auch viel böses Blut gemacht. Bemerkenswert ist übrigens, daß in der chinesischen Presse sowohl wie in der ganzen asiatischen, insbesondere aber auch in der russischen Sowjetpresse Angriffe gegen die japanischen Imperialismus ganz fehlen, um so schärfer jedoch gegen Engländer, Italiener und Franzosen gerichtet werden. Das läßt tief genug blicken, wobei noch zu beachten ist, daß diese gesamte Presse sich zu Deutschland immer positiv freundschaftlich verhält.

Im allgemeinen bildet in ganz Südchina gerade die schwer unterdrückte Bauernschaft — ganz im Gegensatz zu Rußland — den günstigsten Nährboden für den Bolschewismus, was für Europa und die ganze Welt gewiß eine Gefahr bedeutet. Denn alle zu Sowjetrußland neigenden Asiaten sehen heute im Chinesen den Vorkämpfer für die panasiatische Idee. Tatsächlich ist die südchinesische Bewegung auch schon so erstarkt, daß die Engländer, was die Japaner schon vorher getan hatten, sich mit ihr wohl oder übel verständigen mußten, indem sie die Blockade Kantons aufgaben.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 25. März.

Stadtverordnetensitzung.

Durch die beiden außerordentlichen Sitzungen zur Beratung des Stadthaushaltsvoranschlags in der vergangenen Woche hatte sich so viel anderes Material angesammelt, daß es nötig wurde, noch vor Ostern eine Sitzung abzuhalten, obwohl die ursprüngliche Absicht bestand, das Stadtparlament erst wieder nach den Feiertagen einzuberufen.

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung wurden verschiedene Eingaben verlesen, so z. B. eine Beschwerde von Angestellten der Feuerwehr über Benachteiligung bezüglich der Gehaltsbezüge.

Osterbeihilfen für Arbeitslose.

Nachdem die Dringlichkeit einer Entschließung über die Gewährung von einmaligen Osterbeihilfen für die vom Zwischenverbandskomitee registrierten Arbeitslosen beschlossen war, schritt man zur Begründung und näheren Erörterung der Vorlage.

Die Begründung gab der Stadtv. Adamek von der Nat. Arbeiterpartei, der mit zum vorerwähnten Komitee gehört, das über die Vertreterschaft der Nat. Arbeiterpartei, der Sozialisten und der Christl. Demokratie verfügt.

Angesichts dieser Parteistärke war es wohl etwas vermessen, wenn der Stadtv. Libera der Vorlage Reklamezwecke unterschieben zu müssen glaubte.

Stadtv. Kowalewski wies darauf hin, daß das Komitee in seiner Arbeit, die auch die Aufgabe habe, etwaige Gewitterstürme, wie sie in letzter Zeit in anderen Städten Polens verzeichnet wurden, fernzuhalten, mit allen Kräften unterstützt werden müsse.

Stadtpräsident Ratajski erklärte, daß die Annahme des Antrags eine Änderung des in der vorigen Woche beschlossenen Stadthaushaltsvoranschlags bedeuten würde. Übrigens habe beim Wojewoden am Vormittag eine Konferenz in derselben Frage stattgefunden, und es solle ein Delegierter nach Warschau entsandt werden, um im Arbeitsministerium in Sachen der Arbeitslosigkeit vorzusprechen.

Stadtv. Sniady bemerkte, daß sich der Magistrat jetzt hinter dem Stadthaushaltsvoranschlag verberge, während bei den letzten Haushaltserörterungen der Gedanke der Schaffung einer Sonderposition für die Arbeitslosen auf unfruchtbaren Boden gefallen sei.

Auf seiten der Nationaldemokraten bestand zunächst die Absicht, die Vorlage an den Ausschuß zu verweisen und vor Ostern noch eine Sondersitzung einzuberufen, wie es vor Weihnachten gewesen war. Als jedoch der Stadtv. Wybieralski den Magistrat darauf hinwies, daß noch eine Position von 100 000 zł für die Arbeitslosen im Haushalt beschlossen worden sei, entstand ein Streit zwischen Vertretern des Magistrats und der Versammlung. Von einem Vertreter der Christlichen Demokratie wurde sogar die Drohung ausgesprochen, die nachträgliche Beschließung von außerhaushaltlichen Theaterausgaben für das Jahr 1924 zu verweigern, wenn der Magistrat seine Hartnäckigkeit nicht aufgäbe.

Auf einen Einwand des Stadtpräsidenten, daß der Magistrat sich nicht habe darauf vorbereiten können, erwiderte der Stadtverordnete Adamek, daß die Möglichkeit dafür durch die Annahme der letzten Entschließung gegeben war. Und übrigens habe das Komitee seine Registrierungsarbeit bis auf den gestrigen Mittwoch ausdehnen müssen, um möglichst alle Arbeitslosen zu erfassen. Das Leben sei manchmal stärker als der Buchstabe des Gesetzes. Diese Äußerung bezog sich auf den Vorwurf, daß die Vorlage so spät eingebracht worden sei.

Im Laufe der Aussprache wurde der Magistrat in eine isolierte Stellung gedrängt, und es half auch nichts, daß der Stadtpräsident erklärte, daß am nächsten Dienstag eine Sondersitzung des Magistrats stattfinden werde. Die Versammlung ließ sich dadurch nicht beirren und nahm die Entschließung, in der der Magistrat aufgefordert wird, dem Zwischenverbandskomitee zur Unterstützung der Arbeitslosen der Stadt Posen für 1974 arbeitslose physische und Geistesarbeiter, die keine Arbeitslosenbeihilfe erhalten und von dem genannten Komitee registriert worden sind, die Summe von 60 000 Złoty zu überweisen, einmütig an. Was den Passus der Überweisung betrifft, so ist eine Änderung erfolgt, die die Deckung im Haushalt vorsieht.

Von den wichtigeren Vorlagen der Tagesordnung kam zunächst

die Budzyński-Angelegenheit

zur Sprache. Die Linke hatte beantragt, zur Prüfung weiterer Häuser, die unter der Regie des Herrn Budzyński gebaut worden sind, einen Sonderausschuß einzusetzen und unabhängig davon dem Stadtv. Budzyński keine größeren Magistratsarbeiten mehr zu überweisen.

Stadtrat Ruciński ergriff nach der Begründung der Vorlage durch den Stadtv. Kowalewski das Wort, um zu erklären, daß in der Tat verschiedene Verfehlungen gegen die Bauordnung festgestellt worden seien, daß man aber nicht wisse, ob er selbst oder seine Leute die Schuld trügen, was die Verantwortlichkeit jedoch nicht vorweg entscheide. Übrigens werde an der Ausbesserung gearbeitet.

Stadtv. Budzyński stellte sich dann als großer Missetäter vor und versuchte sich reinzuwaschen, was ihm jedoch nicht so recht gelang.

Stadtv. Kucharski trat dann mit erhobener Stimme dafür ein, daß man es in Zukunft vermiede, persönliche Angelegenheiten vor der Versammlung auszutragen. Man müsse das Niveau der Beratungen wahren. Wenn man dem Stadtv. Budzyński auf Grund der Verfehlungen die Bürgerrechte absprechen sollte, dann könne man die Sache schon von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachten. Jedenfalls widerspreche es den Rechtsgrundsätzen der Stadtorganisation, wenn man über den Magistrat eine Art von Oberkommission setzen wollte.

In namentlicher Abstimmung, die von der Linken beantragt worden war, wurde der Antrag mit 24 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Darauf wurde ein Antrag in Sachen der

Aufrechterhaltung der Schneiderwerkstätten

sowie der orthopädischen und Quartierabteilung beim Posener Militär, die man auflösen und nach Warschau bzw. Krakau verlegen will, vorgelegt und begründet. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß sich dadurch die Zahl der Arbeitslosen um ungefähr 500 vermehren würde. Die Werkstätten stünden auf hoher technischer Stufe, und die Produktivität sei weit ergiebiger, als in anderen Städten Polens.

Man wählte einen Ausschuß, zu dem die Stadtverordneten Stachecki und Adamek gehören, die in Warschau die Posener Wünsche bei den zuständigen Behörden vortragen sollen.

Stadtv. Dr. Stark sprach dann über den

Kauf eines Grundstücks in Winiary,

das ursprünglich für die Errichtung eines Krankenhauses dienen sollte. Man hat jedoch aus verschiedenen Gründen den Plan wieder aufgegeben. Es spielen in dieser Angelegenheit sanitäre und pekuniäre Rücksichten die Hauptrolle. Man ist nun dahin übereingekommen, das Krankenhaus in der ulica Dąbrowskiego (fr. Große Berliner Straße) zu bauen. Wie verlautet, soll die Landesversicherungsanstalt bestimmte Mittel zugesagt haben.

Das Auge des Râ.

Roman von Edmund Sabott.

(54. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

Als Oppen und Bernick das Hotel verließen, gingen sie eine ganze Zeit lang schweigend in der nächtlichen Straße nebeneinander her.

„Wie ist Dir, Dolf?" fragte Oppen schließlich ein wenig beklommen. „Man hört's noch ordentlich um die Ohren pfeifen, was? Eine verdammt scharfe Luft weht bei Mac Garron."

Bernick lächelte: „Ich teile Deine Empfindungen, Konni. Aber der Wind ist erfrischend. Weiß Gott, man kann doch schon seine Knie durchdrücken; aber als Mac Garron mit mir sprach, da war's mir, als sei ich neben ihm Gallert."

Ellinor verlangte, daß man sie genau über alles unterrichte, und als Bernick danach an ihre prophetische Gabe appellierte, machte sie ein seltsam ernstes Gesicht. Sie ging nicht auf seine Scherze ein, sondern sagte nach einer Pause leise:

„Ich wünschte, Mac Garron wäre niemals nach Europa gekommen."

„Nanu!" machte Bernick erstaunt. „Warum denn nicht?"

Sie zuckte die Achseln: „Ich weiß nicht, Dolf. Ich fürchte mich vor Mac Garron, wie Ihr ihn mir beschrieben habt, ich fürchte mich vor dem Flug und vielleicht auch vor dem Erfolg, den Ihr schließlich haben könntet."

Bernick klatschte sich aufs Knie: „Konni, kennst Du die tapfere Ellinor wieder? Hast Du jemals von ihr solche Unkenrufe gehört?"

Oppen erwiderte nichts, aber er sah seiner Frau ängstlich und forschend in die Augen, und als sie nachher im Schlafzimmer allein waren, fragte er sie: „Weshalb bist Du so ängstlich geworden, Ellinor? Hast Du nicht selbst den Sieg für uns gewünscht?"

Sie hatte ihr Haar geöffnet und flocht es sich zu Zöpfen. Sie sah ihn nicht an und gab eine Zeitlang keine Antwort. Plötzlich wandte sie sich zu ihm und warf sich in seine Arme: „Konni! Ich bitte Dich! Fahre nicht mit! Fahre nicht mit, Konni!"

Er blickte ganz erstaunt auf sie nieder: „Aber warum denn nicht? Was hast Du denn, Ellinor?"

„Ich bitte Dich!" wiederholte sie verzweifelt. „Fahre nicht mit!"

„Aber Ellinor! Ich muß doch!"

„Nein! Nein!"

„Soll ich Bernick allein fliegen lassen? Zwei Mann müssen in der Maschine sitzen. Soll ich irgendeinen Monteur teilnehmen lassen an dieser Fahrt?"

Sie ließ die Arme sinken: „Ja, Konni, tu das! Ich weiß gewiß, Dolf würde nicht glauben, daß Du feige seist, wenn Du zurückbliebest. Er würde auch allein fliegen, wenn Du es wünschtest."

„Gewiß täte er das. Aber es geht doch nicht! Ich habe tausendmal in einem Apparat gesessen und werde noch viele tausendmal darin sitzen —"

Sie wandte sich mutlos ab. „Ja, ja," sagte sie, „ja, ja — —"

Er nahm sie wieder in seine Arme, streichelte ihr Haar und ihre Wangen: „Du darfst nicht so ängstlich sein, Ellinor. Nichts wird geschehen. Ich werde am übernächsten Sonntag mit Bernick zusammen fliegen, und wir werden gewinnen!"

Da richtete sich noch einmal die Angst in ihr auf: „Nein, Konni! Du darfst nicht! Du darfst niemals!" Sie ließ den Kopf auf die Brust sinken und sagte ganz leise, fast unhörbar: „Ich werde ein Kind haben, Konni . . ."

Da zwang es ihn, die Knie zu beugen vor der Frau, er kniete vor ihr und fühlte ihre Hände auf seinem Kopf, und es war ihm, als segnete sie ihn.

„Ellinor! Ellinor!"

„Konni, lieber, lieber Konni!"

Sie hob ihn wieder zu sich empor und bot ihm ihren Mund zum Kuß. Ganz ruhig war nun ihr Gesicht, und es bewegte sich auch nicht, als er sagte: „Du selbst, Ellinor, darfst nicht wollen, daß ich feige bin. Ich muß mit Bernick im Apparat sitzen. Es geht nicht anders. Wir wollen unser Schicksal teilen. Was sollte ich tun, wenn ihm wirklich etwas zustieße, und ich wäre nicht dabei? Wir beide, er und ich, haben gemeinsam jahrelang auf diesen Tag gewartet, nun ist er da, und wir müssen ihn auch gemeinsam verbringen."

Ellinor nickte: „Ja, Konni, ich sehe es ein: Du darfst Dolf nicht im Stich lassen."

Bewegungslos lagen sie lange nebeneinander in den Kissen und wachten, atmeten leise, um nicht zu verraten, daß sie keinen Schlaf finden konnten, und wenn Ellinor die brennenden Augen schloß, sah sie einen leuchtend hellen Fleck grell sich abheben aus der samtenen Dunkelheit, und Blitze brachen sich darin, kalt und funkelnd. Und ihre Gedanken klammerten sich ängstlich und zitternd um das Auge des Râ.

XXV.

Das Programm des Tages, an dem das Wettfliegen stattfinden sollte, war in wirklich großzügiger Weise entworfen worden. Von acht Uhr ab sollten die gemeldeten vierundzwanzig Flieger in ganz kurzen Abständen auf ihre weite Reise geschickt werden. Die Route lief über Amsterdam nach London, von dort nach Paris und über Metz und Frankfurt am Main wieder zurück nach Berlin. Nach vorläufiger Schätzung mußten die ersten Apparate um fünf Uhr etwa in Berlin eintreffen, und die Zwischenzeit sollte ausgefüllt werden mit allen möglichen sportlichen Veranstaltungen. Eine englische und eine tschechische Fußballmannschaft trat gegen zwei deutsche Mannschaften aus Hamburg und Nürnberg an. Daneben gab es nachmittags Radrennen um mehrere wertvolle Preise, die Mac Garron gestiftet hatte.

Über die weiten Plätze verteilt, standen Radiolautsprecher, die die drahtlos aufgefangenen Meldungen über den Flug sofort weitergaben. Von den Gerüsten und Tribünen her sollten die Meldungen durch Megaphone über die Menge verbreitet werden, da die Lautsprecher natürlich längst nicht imstande waren, die Geräusche zu übertönen.

(Fortsetzung folgt.)

über die schon erwähnte Nachbewilligung von Mitteln zur Deckung von

Außerhaushaltsausgaben für die städtischen Theater

wurde auf Antrag des Stadtv. Dr. Stark gesondert abgestimmt. Da sich die Christliche Demokratie der Abstimmung enthielt und die Linke geschlossen gegen die Nachbewilligung stimmte, wurde diese verweigert.

Zum Schluß der Sitzung trug der Stadtverordnete Pluciński die

neuen Schornsteinfegersatzungen

vor, die widerspruchslos angenommen wurden.

Der Versammlungsleiter, Stadtv. Hedinger, schloß darauf die Sitzung mit den üblichen Osterwünschen. Die nächste Sitzung wird wahrscheinlich am zweiten Mittwoch nach Ostern stattfinden.

Bezugspreisherabsetzung des „Posener Tageblatts" für das Ausland.

Um unseren im Auslande befindlichen Zeitungsbeziehern, die in immer stärkerem Maße den Bezug unserer Zeitung wünschen, entgegenzukommen, haben wir den monatlichen Bezugspreis für das Ausland von 6 Goldmark auf 4 Goldmark herabgesetzt. Verlag und Schriftleitung des „Pos. Tagebl."

Vom Zwischenverbandskomitee der Arbeitslosen.

Es ist im Interesse der Arbeitslosen sehr zu begrüßen, daß aus dem Wirrwarr der Arbeitslosenvertretungen, deren Bildung mehr oder weniger zufälligen Stimmungen und manchmal auch vielleicht unwillkommenen politischen Einflüssen erlag, eine Vertretung entstanden ist, die sich auf eine autoritativere Grundlage stützt, als es von den übrigen Komitees gesagt werden kann. Der Umstand, daß dem Zwischenverbandskomitee für die Unterstützung der Arbeitslosen der Stadt Posen, von dem hier die Rede ist, Vertreter der Sozialisten, der Nationalen Arbeiterpartei und der Christlichen Demokratie angehören, die im Stadtparlament die Mehrheit bilden, bietet die Gewähr dafür, daß die neue Organisation auf festen Füßen steht und früher oder später auch die übrigen Komitees erfassen dürfte, was der Sache der Arbeitslosen nur von Nutzen sein könnte. Denn es handelt sich hier um eine Vertretung, die allen Ernstes daran geht, ihren ganzen Einfluß in die Wagschale zu werfen, um die Unterstützung der Arbeitslosen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ein tatkräftigeres Fahrwasser zu leiten. Es ist dem besonderen Charakter der Posener zu verdanken, daß wir bisher noch keine ähnlichen Unruhen zu verzeichnen brauchten, wie sie in anderen Städten verzeichnet wurden. Eine straffe Organisation, die darauf bedacht ist, alle aufkommenden Unruhegelüste mit fester Hand zu zügeln, ist sehr am Platze. Es ist zu erwarten, daß die etwas unpopuläre Sammeltätigkeit für die Arbeitslosen, die sich bisher keiner großen Fruchtbarkeit erfreuen durfte, bei der Bevölkerung auf fruchtbareren Boden stoßen wird. Es wäre angebracht, wenn das Komitee zugkräftige Veranstaltungen zugunsten der Arbeitslosen organisierte.

Wie es gemacht wird.

Der „Dziennik Bydgoski" veröffentlicht eine Notiz aus Dirschau, in der darüber Klage geführt wird, daß die am Sonntag, dem 14. März, in Dirschau veranstalteten Passionsspiele den Darstellern einen Gewinn von 3000 zł gebracht hätten, welches Geld zum Schaden der Allgemeinheit nach — Deutschland geführt werde. Die Meldung ist ein Musterbeispiel böswilliger Entstellung und leichtfertiger Behauptung. In Wirklichkeit ist den Veranstaltern wegen der gerade in Dirschau außerordentlich großen Unkosten kaum ein Drittel der genannten Summe verblieben. Verteilt man den Betrag auf die Mitspieler und berücksichtigt man die Kosten, welche die Darsteller für Pässe, Reise, Logis, Beköstigung usw. hatten, so läßt sich leicht ausrechnen, welcher Reingewinn ihnen verblieben ist und wieviel polnische Groschen zum Schaden Polens nach Deutschland gehen.

X **Ein neues Verzeichnis der polnischen Postämter und Agenturen** ist von der General-Postdirektion herausgegeben worden. Zu diesem Verzeichnis werden allmonatlich „Nachträge" veröffentlicht, die für einige Groschen zu haben sein werden und die Änderungen im Postwesen enthalten. Das Verzeichnis wird in allen Postämtern zu haben sein und 3 zł kosten.

X **Eine schwere gesundheitliche Schädigung für die Straßenpassanten** bedeuten in dieser regenarmen Zeit die von Kraftwagen, der Straßenbahn und sonstigen Wagen, zum Teil aber auch von den heftigen Winden aufgepeitschten Staubwolken, die ganze Straßenteile in ein undurchdringliches Dunkel hüllen. Wer sich von dem Umfange dieser schweren Belästigung und Gefährdung des Publikums überzeugen will, der gehe nur einmal zur Zeit des regsten Verkehrs durch die Glogauer Straße und betrachte, nachdem er sich durch die undurchdringlichen Staubwolken hindurchgerungen hat, seine mit dichter Staubschicht bedeckten Kleider. Natürlich setzt sich der Staub nicht nur auf den Anzügen, sondern auch in den Lungen fest und bringt so, da der Staub naturgemäß zahllose Tuberkelbazillen enthält, die Gesundheit der Menschen in schwerer Gefahr. Wie diesen scheußlichen Mißständen abzuhelfen sei, das läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Aber jedenfalls könnte dafür gesorgt werden, daß die Staubmengen nicht in unendlichen Mengen aufgepeitscht werden. Einmal achte man darauf, daß die Kraftwagen in den verkehrsreichen Straßen nicht das zugelassene Tempo überschreiten, und dann müßte darauf geachtet werden, daß bei Ausbesserungen des Straßenpflasters nicht Sandstaub, sondern richtiger Kies verwendet wird, der sich nicht sofort in feinen Staub verwandelt, sobald auch nur ein Auto darüber hinwegfährt. Was nützen denn alle Bemühungen zur Bekämpfung der Tuberkulose, wenn hier in so ausgiebigem Maße ein Nährboden für diese furchtbare Volkskrankheit geschaffen wird?

X **Um 7200 zł bestohlen** wurde gestern mittag infolge eigener Unvorsichtigkeit der Molkereileiter Michael Janowski aus Gostyn im hiesigen Kaffee Bristol. Er hatte an einem Tische Platz genommen und eine gelbe Aktentasche mit der angegebenen Summe neben sich auf einen Stuhl gelegt. Als er aufstand, war die Tasche mit dem Gelde spurlos verschwunden. Der Leidtragende hat zwei Männer von jüdischem Äußern, die sich in der Nähe des Tisches aufgehalten haben, im dringenden Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben. Vermutlich sind das dieselben Gauner, die vorher in der Bank Polski einem Manne eine Handtasche mit 11000 zł zu stehlen versucht hatten. Der Mann schlug jedoch, als er die Absicht der beiden bemerkte, Lärm, und diese verschwanden spurlos.

X **Beschlagnahme Diebesbeute.** Auf dem 3. Polizeikommissariat in der ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) befinden sich verschiedene Stoffreste zu Kostümen, 1 seidenes türkischen Tuch mit Fransen und 1 grüne Golfjacke, Sachen die sämtlich aus Diebstählen stammen. — Im 8. Kommissariat, Glogauer Straße 46 befinden sich 6 Stück weiße Leinwand von 2½—3 Meter Länge und 1 brauner Damenmantel. Die Sachen stammen wahrscheinlich von Jahrmarktsdiebstählen in Nakel. Die Eigentümer können sich in den genannten Kommissariaten melden.

X **Diebstähle.** Beim Umzuge bestohlen wurde in der Ziegenstraße 6 eine Familie um einen schwarzen Herrenwinterüberzieher mit seidenem Futter und schwarzem Sammetkragen; ferner wurden ebenfalls beim Umzuge aus der ul. Małeckiego 37 (fr. Prinzenstr.) Kartoffeln, Holz und Kraut in großen Mengen, fünf Stühle und eine Wäscheleine. — Gestern wurde auf dem Wochenmarkt des Sapiehaplatzes einer Dame aus der Handtasche ein Portemonnaie mit 20,80 zł gestohlen. Die Diebin, eine Helene Welt aus Warschau, wurde auf frischer Tat ergriffen. — Gestern abend um 8½ Uhr wurde vor dem Oberschlesischen Turm in der Glogauerstraße einer Schneiderin eine Handtasche, die nur Schlüssel enthielt, entrissen. Der Dieb entkam am Bahndamm entlang. Gestohlen wurde in einer Gastwirtschaft in Wilda einem Gaste eine Brieftasche mit 6 Dollar und 170 zł.

X **Vom Warthehochwasser.** Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute, Donnerstag, früh + 2,84 Meter, gegen + 2,85 Meter gestern früh.

X **Vom Wetter.** Heute, Donnerstag, früh war bei wolkenlosem Himmel 1 Grad Kälte.

Gottesdienst-Ordnung der deutschen Katholiken.

Vom 28. März bis 4. April.

Sonntag, ½8 Uhr Beichtgelegenheit; 9 Uhr Palmenweihe, Passion und Amt; ½3 Uhr Kreuzwegandacht und Segen. — Montag, abends 7 Uhr Gesellenverein. — Montag, Dienstag und Mittwoch, abends von 7 Uhr ab Beichtgelegenheit. — Mittwoch, Donnerstag und Freitag, abends 5 Uhr Trauermetten. — Donnerstag, 9 Uhr Hochamt. — Karfreitag, 8 Uhr Passion, Zeremonien und Prozession zur Grabkapelle. — Karsonnabend, 7 Uhr Weihe des Feuers und der Osterkerze, Prophezie und Hochamt; abends 8 Uhr Auferstehungsfeier.

---

* **Bromberg,** 24. März. Die Einwohnerzahl der Stadt Bromberg betrug am 31. Dezember 1925: 105 672, gegen 104 747 am Ende des 3. Vierteljahrs. Nach Bromberg zogen 3568 Personen, darunter 283 Deutsche, von Bromberg fort zogen 3009 Personen, darunter 314 Deutsche. Ehen wurden im 3. Vierteljahr des Jahres 1925 216 geschlossen. Davon waren 193 katholisch, 8 evangelisch, 11 Misch-, 1 mosaische und 3 andere Ehen. Geburten wurden 733 gemeldet, wovon 710 Lebend- und 23 Totgeburten waren. Von den ersteren waren 338 Knaben, 372 Mädchen. Todesfälle wurden 344 verzeichnet. — Die Untersuchungen zu den Vorgängen am 9. Februar vor dem Arbeitsvermittlungsamt sind jetzt abgeschlossen worden. Geleitet wurden die Untersuchungen durch die Kommissare Łukaszewski und Fajerek. Angeklagt sind 37 Personen, von denen sich 13 in Untersuchungshaft befinden.

* **Culm,** 24. März. Bei der Gemeindewahl in Bruki waren drei Listen aufgestellt. Liste 1 polnische Besitzer, Liste 2 deutsche, Liste 3 Witospartei. Es entfielen auf Liste 1 61 Stimmen = 4 Sitze, Liste 2 127 Stimmen = 8 Sitze, Liste 3 120 St. = 7 Sitze. — Der Knecht Leo Regelski aus Grenz, der beim Besitzer Paul Franz in Stellung war, ging mit einem geladenen Tesching unvorsichtig um. Dieser entlud sich, und die Kugel drang dem Regelski in die Gegend des Herzens, so daß er sofort tot zusammenbrach.

* **Culmsee,** 24. März. In Bielczyn in der Nähe von Culmsee wurde die Familie des Arbeiters Ostrowski durch Kohlenoxydgas vergiftet. Die Ehefrau konnte noch ins Leben zurückgerufen werden, der 22jährige Sohn Julian aber war bereits tot.

* **Gnesen,** 24. März. Der „Kuj. Bote" berichtet: Bereits seit längerer Zeit konnte beobachtet werden, daß die auf dem hiesigen Bahnhofe eintreffenden Transitzüge systematisch bestohlen werden, doch gelang es bisher nicht, den oder die Diebe zu ermitteln, obgleich die betreffenden Züge auf das genaueste beobachtet wurden. Erst am 11. d. Mts. gelang es der hiesigen Polizei, die Diebe zu ermitteln und festzunehmen. Es sind dies die „Herren": Stanisław Bilski aus Gnesen, Józef und Antoni Bilski aus Arkuszewo und Wojciech und Roman Lewandowski aus Gnesen. Diese Gesellschaft hatte auch einen Kreis sehr guter Abnehmer für ihre Diebesbeute, und zwar sechs angesehene Gneser Bürger, die nach Aufnahme eines Protokolls wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Um eine gewisse Übung im Aufspringen auf den in Fahrt befindlichen Zug zu erlangen, trainierten sich die Diebe auf den auf dem sog. toten Gleis stehenden Waggons.

* **Inowrocław,** 22. März. Heute nacht starb plötzlich infolge Herzschlags der Propst der hiesigen Nikolauskirche, Pfarrer Gordon. — Am Sonnabend nachmittag bemerkte ein Polizist der Kreispolizei auf dem Viehmarkt in der Nähe des dort gegenwärtig aufgestellten Zirkus eine Zusammenrottung von Menschen. Er begab sich dorthin und sah, wie mehrere junge Burschen einen anderen jungen Burschen auf das schwerste mißhandelten, wobei sie ihm buchstäblich die Kleider vom Leibe rissen. Der Polizist versuchte nun, die Prügelnden auseinanderzubringen, doch plötzlich warf sich einer der Schlagenden von rückwärts auf den Polizisten und versuchte ihm das Gewehr zu entreißen. Es kam zu einem Ringen zwischen dem Polizisten und dem jungen Manne, dem auch noch zwei seiner Komplizen zu Hilfe kamen, in deren Verlauf dem Polizisten von einem der Burschen auch das Bajonett aus der Scheide gerissen wurde, womit der Unhold dem Polizisten einen Stich versetzen wollte. Zum Glück für den bedrohten Polizisten kamen diesem jedoch in diesem Augenblick mehrere Zivilpersonen zu Hilfe, denen es gelang, den Polizisten zu befreien und die drei Übeltäter festzunehmen. Es sind dies die beiden 21- und 22jährigen Brüder Wróblewski und ein gewisser Ulatowski, 24 Jahre alt.

* **Lissa i. P.,** 24. März. Ein Autounfall ereignete sich Montag abend auf der Reisener Chaussee, bei dem die beiden Insassen, ein Rittmeister aus Posen und ein anderer Herr, aus dem Gefährt auf das anliegende Feld geschleudert wurden, glücklicherweise dabei aber nur geringe Beschädigungen davontrugen. Der Unfall war dadurch entstanden, daß auf der Chaussee eine große Strecke lang Glassplitter ausgestreut waren, die ein Platzen der Reifen herbeiführten. Die Glassplitter scheinen von boshaften Jungen lediglich zum Beschädigen der Autoreifen geworfen worden zu sein.

* **Nakel,** 24. März. Zwei Personen aus dem Vorort Bieławy wurden kürzlich von einem Hunde gebissen. Da das Gebaren des Tieres Anzeichen von Tollwut verriet, so wurde es erschossen und eine genaue Untersuchung durchgeführt. Es konnte keine Tollwut festgestellt werden. Die beiden Personen unterzogen sich vorsichtshalber einer Schutzimpfung, die von Dr. Brunk vorgenommen wurde. — In vergangener Woche wurde nachts in Bieławy in der Nähe der Baerwaldschen Mühlen ein Mann von Straßenbolden angefallen. Der Überfallene mußte ärztliche Hilfe anrufen, da er mit Messern übel zugerichtet wurde. In der Dunkelheit entkamen die Messerhelden unerkannt. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Racheakt. — In der Sadker Brennerei ist ein Unglück vorgekommen. Ein Arbeiter hatte sich zu sehr dem Treibriemen der Transmission genähert. Er wurde von diesem erfaßt und zu Boden geworfen. Dabei erlitt der Mann außer leichteren inneren Verletzungen einen schweren Armbruch.

* **Rakwitz,** 23. März. Am Montag begingen die Schuhmachermeister Otto und Emil Gutsche ihr 25jähriges Meisterjubiläum. Der Vorstand der Schuhmacherinnung überbrachte den Jubilaren je ein Diplom der Posener Handwerkskammer, während der Vorstand des hiesigen Handwerkervereins je ein Diplom von dem Verbande deutscher Handwerker in Polen überreichte.

* **Thorn,** 22. März. Selbstmord durch Erschießen beging Donnerstag der 18jährige Bäckerlehrling Kurt Dudek, Mellienstr. 72. Der Grund der Tat ist nicht bekannt.

* **Thorn,** 19. März. Eine stürmische Versammlung fand in der Culmervorstadt statt, wobei die Abschaffung der Zivilstandesämter gefordert wurde. Ein großer Teil der Anwesenden war damit nicht einverstanden, und es kam bei der Debatte zu Tumultszenen. — Im Monat Februar wurden 34

Oper.

„Jenufa", Oper in drei Akten von L. Janacek. Gastspiel Michał Hołyński.

Über Inhalt und musikalische Eigenart der dreiaktigen Oper „Jenufa" von Leos Janacek sind in der letzten Sonntagsnummer die notwendigen Angaben gemacht worden. Hervorgehoben sei nochmals, daß die Musik in erster Linie das Ziel verfolgt, sowohl die Seelenstimmungen der Hauptpersonen des bäuerlichen Dramas als auch die Situationen, denen jene entspringen, drastisch zur Darstellung zu bringen. In diskreter Weise hat der Tondichter, das gegenwärtige Haupt der mährischen Nationalkomponisten, die einzelnen Kapitel des spannenden Stoffes mit den typischen Klängen seiner Heimat gewürzt, eigentlich nur in der Tanzszene und dem Gratulationschor der Dorfschönen erhält die Orchestersprache einen bevorzugt böhmisch-nationalen Anstrich. Prächtig gelungen ist, um nur eins anzuführen, das abschließende Duett Jenufa-Laca, wo Parsifalszauber als Morgenröte aufzusteigen scheint. Auch sonst ist Wagner als ausgleichender Faktor mit Ausschluß leitender Motive, die bei Janacek so gut wie keine Rolle spielen, gewonnen, sehr zum Nutzen des Ganzen. Wie bereits neulich angedeutet, verdient die Posener Erstaufführung lobende Anerkennung. Das Werk war sorgfältig einstudiert, Oberflächlichkeiten waren erfreulicherweise diesmal auf Urlaub geschickt. Es geht demnach tadellos, wenn man nur ernsthaft will, selbst der Geist in der Unterwelt, der Souffleur, konnte an diesem Abend, o Wunder, ein beschauliches Dasein führen und brauchte nur gelegentlich seine Daseinsberechtigung hörbar nachzuweisen. Jedenfalls hat das „Teatr Wielki" mit „Jenufa" einige künstlerische Missetaten der jüngsten Vergangenheit ausgetilgt; hoffentlich gleicht diese schon längst nötig gewesene Wendung zum Besseren nicht einem Kometen, der gewöhnlich in sehr weiten Zeitspannen aufzutreten pflegt. Die gewaltigen Ansprüche, welche an das Orchester gestellt werden, wurden nahezu restlos erfüllt. Die mitunter recht verzwickten Klangmischungen erwiesen sich wohl stellenweise hinsichtlich ihrer instrumentalen Bestandteile nicht immer glatt ineinander verrieben, die betreffenden Stimmglieder wirkten in solchen Fällen verflachend auf die Plastik der musikalischen Szenerie, aber zu 90 Prozent wurde die Fülle von charakterisierenden Ausdrucksmitteln, mit denen die Partitur gespickt ist, als effektvoller, klingender Beleuchtungskörper zum Glühen gebracht. Der Komponist wollte viel an die Wirklichkeit sich Anlehnendes dramatisch vortragen, Herr Direktor Stermicz zog als temperamentvoller Dirigent mittels seines tüchtigen Orchesters die Parallele. „Jenufa" ist ein Organismus leidenschafthaltiger Substanzen. Dementsprechend muß sich der Kapellmeister, soll das wahre Gesicht der Oper gewahrt bleiben, einstellen. Die Rhythmen verlangen ein fortwährendes Umrangieren, die Tempi lebhafteste Umschaltung. Herr Stermicz operierte strategisch mit den Klangmassen ungemein proportional, auf dem musikalischen Gelände blieb ihm kein Seitenpfad, keine Buchtung und Steigerung verborgen. Mit voller Wucht und genau berechneter Durchschlagswirkung wurden die tondramatischen Sturmoffensiven durchgeführt, Vorgänge, welche jeden aufmerksamen Zeugen begeistern mußten. Der Drastik der Tonsprache geschah volles Genüge, der Sieg war der Wiedergabe daher von vornherein sicher. Vivat sequens! Bei der Besetzung der Solopartien waltete ebenfalls eine glückliche Hand. Dort die Damen Fedyczkowska und Jakubowska, hier die Herren Peter und Perkowicz. Die Möglichkeit, daß zwei prominente Sopranistinnen und Tenöre angespornt wurden, im Besserkönnen in edlen Wettstreit zu treten, lag vor und mag vielleicht ausschlaggebend gewesen sein, daß die genannten vier Bühnenmitglieder hochanständige Leistungen boten. Ich will keine Messungen darüber anstellen, wer die meisten Einzahlungen für dieses künstlerische Kapital geleistet hat, es genüge die Tatsache, daß es hochziffrig war. Die „Jenufa" von Fräulein Fedyczkowska war dem Leben entnommen, ein richtiges Naturkind, dem man nicht gram sein durfte. Als die Schicksalsschläge in schneller Folge wie Keulen auf sie niedersausten, wuchs sie zu tragischer Größe empor. Ihre Stimme erstrahlte wieder im Festesglanz, selbst in den obersten Regionen zeigte sie ihre edle Struktur in durchsichtiger Weise, eine bewunderungswerte Trägerin hochmusikalischer Geständnisse. Ein gleiches Kompliment gebührt Fräulein Jakubowska. Die Rolle der „Küsterin" erfordert zunächst ein außergewöhnliches Geschick, die Künste der Darstellung batterieweise auffahren zu lassen, ohne mit den Gesetzen der Glaubhaftmachung in Kollision zu geraten. Im zweiten und dritten Akt sind wahre Netze von schweren seelischen Kämpfen, offen und versteckt, schauspielerisch zu erfassen. Unsere Künstlerin blieb hierin nichts schuldig, sondern brachte Talente zum Entflammen, wie ich sie in dieser Helligkeit an ihr noch nicht wahrgenommen habe. Ihr künstlerischer Aufgabenkreis erfährt dadurch eine bemerkenswerte Erweiterung. Der Gesang impulsiv, die Tonlinien mitunter pathetischen Steigerungen unterworfen (mit Recht), der Vortragsstil virtuos-hochdramatisch mit einem Stich ins Naturalistische, kurz eine Sängerin, in der die seelisch-musikalische Grundstimmung des Dramas ergreifend den Weg ins Freie fand. Herr Perkowicz sang den „Laca" mit wohlgebildeten Tönen, der Tenor war aufrecht und standhaft und zeigte hinsichtlich seines Wohlklangs besonders in der Mittellage weitere Fortschritte. Als geheimer Liebhaber im ersten Akt gab er dem Spiel bewegtere Form, als wirklicher Bräutigam maskierte er seine Gefühle: „Errötend folgt er ihren Spuren!" Die Partie des „Stewa" verlangt unbedingt gereiftes schauspielerisches Können. Für sie war Herr Peter der Mann am rechten Platz. Er porträtierte den eitlen, bezechten, moralisch sehr angenagten Bauernbursch recht echt, auch gesanglich zollte er mit musikalischer Gewissenhaftigkeit seinen Tribut. Von den sonstigen Mitwirkenden nenne ich Ada Lenczewska (die alte Buryja), deren Maske und Bewegungen vortrefflich waren, Marja Nochowicz (die Frau des Dorfrichters), die einigen netten Tönen die Freiheit schenkte, ihrer ganzen Pose nach aber wenig in die ländliche Einfachheit paßte, Hel. Majchrzakówna (Karolka), die gehörig fesch auftrat (möge ihrer Stimme auch diese Eigenschaft erwachsen), Stefan Romanowski, der den „Altgesellen" gesanglich durchaus nicht als Nebenfigur behandelte (sein Bariton wird ständig blanker), und Z. Zawrocki, dessen „Dorfrichter" die gewünschte Gravität entströmte (der Stimme desgleichen). Die Chöre waren nicht willensschwach und verzagt, sondern sangen selbstsicher und fließend. Einige Falten in der Harmonie werden sich mit der Zeit von selbst glätten. Die Bühnenbilder waren verständig zusammengestellt, die mährischen Nationalkostüme originell und farbenprächtig, bei den Dorfmädchen vermißte man jedoch eine Einheitlichkeit im Trachtenstil. Die Regie von Herrn Tarnawski verdient ein herzliches Kompliment, warum nicht immer? Die Aufnahme war eine glänzende, es gab zahlreiche Hervorrufe; „Jenufa" dürfte somit auch in Posen (wie im November v. J. in Breslau) festen Fuß gefaßt haben, was ihr im Hinblick auf ihr Alter (Uraufführung 1916 in Prag) zu gönnen ist.

*

Als „Don José" in „Carmen" und „Radames" in „Aida" gastierte dieser Tage Herr M. Hołyński aus Thorn. Der Herr hat einen Tenor von kräftiger Konsistenz, die Stimme zeigt zweifellos Kultur, der Timbre eine überwiegend dunkle Klangfarbe. Die letztere Eigenschaft deutet darauf hin, daß Partien mit ausgesprochen lyrischem Charakter kaum die eigentliche Domäne des Sängers bilden werden. Deshalb war sein „Radames" musikalisch hochwertiger wie die Carmenrolle. Hier hat sich sein Heldentenor auf ein Gebiet verirrt, wo für ihn nur künstlerische Früchte in geringer Zahl zu pflücken sind. Die Töne sind voluminös, die Phrasierung ist gediegen, und die dramatischen Entwicklungsphasen zeugten von einer tiefen Verwurzelung mit dem musikalischen Stoff. Alles wäre schön und gut, wenn Herr H. nicht wie ein „steinerner Gast" spielen wollte, dem alles Leben entwichen ist. Durch dieses Starrsein wurden die günstigen Eindrücke stark beeinträchtigt und die Wärme des anfänglichen Interesses schließlich in eine Eiskruste verwandelt.

Alfred Loake.

Unternehmungen gewerblicher und geschäftlicher Art eröffnet und 11 geschlossen.

* Tremessen, 24. März. Am 17. d. Mts. wurde im Walde von Gruchowo bei Tremessen an einem Baume hängend die Leiche einer gewissen Helena Popowska aus Juljanów bei Lodz aufgefunden. Die Untersuchung dürfte ergeben, ob hier ein Selbstmord oder aber auch ein anderes Verbrechen vorliegt.

Aus Polnisch-Oberschlesien.

* Königshütte, 23. März. Eine unglaubliche Roheit hat wieder einmal Königshütte zu verzeichnen. Die 22jährige Olga Dyballa von der ul. Rynka 3 (Ringstraße) wurde kürzlich auf dem Hedwigsfriedhofe beerdigt. Nach einem Totenamt begaben sich die Angehörigen am nächsten Tage noch einmal zur Grabstätte. Den Angehörigen fiel die Unordnung der Kränze auf, und sie ließen den Friedhofsaufseher holen. Dieser vermutete eine Leichenschändung, die sich auch bestätigte, als man beim Ausschaufeln den Sargdeckel zertrümmert vorfand. Die Polizei stellte fest, daß die Leiche beraubt worden war. Wie man hört, soll der Toten ein Seidenkleid ausgezogen worden sein. Scheinbar vermuteten die Leichenschänder in dem Sarge Kostbarkeiten. Die verabscheuungswürdige Tat zeugt wieder einmal von der Verrohung unserer Zeit, in der Menschen nicht einmal vor der Majestät des Todes zurückschrecken.

* Rybnik, 24. März. Die „Kattow. Ztg." berichtet über einen Überfall auf ein Kloster folgendes: Das abseits von Emmagrube, im Kreise Rybnik, gelegene kleine Kloster „Mariahilf" war am letzten Sonnabend der Schauplatz eines frechen Banditenüberfalles. In der achten Abendstunde drangen fünf maskierte, mit Schuß- und Hiebwaffen versehene Männer in das Klostergebäude, wo man gerade beim Abendbrot saß. Mit Revolverschüssen wurde die elektrische Lichtleitung zerstört. Die Banditen verlangten nach dem gerade abwesenden Pfarrer und gaben an, in dem Kloster nach „Orgesches" zu suchen. Alle im Kloster anwesenden Personen wurden überwältigt und geknebelt. Darauf begaben sich die Banditen in die Kapelle und die übrigen Räumlichkeiten des Klosters und raubten alles, was nur irgend einen Wert besaß. Auch das Tabernakel wurde erbrochen und einer Heiligenfigur die Hände abgeschlagen. Selbst Lebensmittel, Leibwäsche und Bekleidungsstücke wurden gestohlen, sowie etwas bares Geld aus einem Schreibtisch aus dem Privatbesitz der Schwestern. Die Banditen hausten zwei Stunden wie die Vandalen in dem Kloster. Während ein Teil die Beute in Sicherheit brachte, ließ sich der andere Teil das in der Küche des Klosters für die Schwestern bereitete Nachtmahl mit bestem Appetit gut schmecken. Darauf entfernte sich die Bande, nachdem sie das Kloster von außen noch verschlossen hatte. Als die Polizei von diesem beispiellosen frechen Überfall auf das Kloster Meldung erhielt, machte man sich sofort an die Verfolgung der Banditen, deren Spur bis Hohmgrube führte, wo sich diese dann verlor.

Aus dem Gerichtssaal.

□ Posen, 23. März. Der Vorsitzende der Liga zum Schutz von Glauben und Vaterland, Mieczysław Noskowicz, hatte vor einigen Jahren eine Broschüre herausgegeben, die den Titel trug: „Das Geheimnis der jüdischen Weltherrschaft". In diese Broschüre war auch eine „Nota Poznańczyków" aufgenommen worden, in deren Inhalt die Staatsanwaltschaft eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erblickte. Noskowicz war in erster Instanz zu 200 zł verurteilt worden. Nun hat die zweite Instanz, wie der „Kurjer Poznański" meldet, das Urteil auf 20 zł herabgesetzt.

* Thorn, 24. März. Ein Sensationsprozeß hat die hiesige Strafkammer beschäftigt. Angeklagt war der ehemalige Pächter des Offizierskasinos in Rudak, Fr. Gogolin. G. wurden Betrügereien in Höhe von über 100 000 zł vorgeworfen. Als Gläubiger traten auf die Bank Gospodarstwa Krajowego in Posen, die Postsparkasse, Deutsche Vereinsbank, das Steueramt mit 12 000 zł, das Elektrizitäts- und Gaswerk, die Stadtkasse mit 2600 zł, die Krankenkasse und viele Privatpersonen. G. hatte mit der Vorspiegelung, er habe große Besitzungen in Rypin und Dobrzyń (Kongreßpolen), Sägewerke und Dampfmühlen, zahlreiche Kredite aufgenommen, Waren für ungeheure Werte auf Kredit bezogen, verkauft und nie an die Begleichung der Schulden gedacht, — plötzlich den Konkurs angemeldet, ohne seine Gläubiger zu befriedigen. Der Staatsanwalt beantragte 1½ Jahre Gefängnis. Nach längerer Beratung wurde G. zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A. — Wolnica.

Freitag, abends 6¼ Uhr, Sonnabend, morgens 7½ Uhr, Sonnabend, vorm. 10 Uhr mit Predigt, Sonnabend, nachm. 4 Uhr Mincha mit halachischem Vortrag im Beth Schlomoh. Sabbathausgang 7 Uhr 5 Min. — Sonntag, morgens 7½ Uhr, abends 6¼ Uhr. — Montag, morgens 6½ Uhr mit anschl. Sijumfeier

Synagoge B. (Israel. Brüdergemeinde) ul. Dominikańska.

Sonnabend, nachm. 3½ Uhr Mincha.

Wettervoraussage für Freitag, 26. März.

— Berlin, 25. März. Heiter und trocken, am Tage mild, nachts leichter Frost.

Spielplan des „Teatr Wielki".

Donnerstag,	den 25. 3.	**„Jenufa".**
Freitag,	den 26. 3.	**„Nitouche".**
Sonnabend,	den 27. 3.	**„Geisha"** (Première).
Sonntag,	den 28. 3.	um 3 Uhr nachm. **„Carmen"** (ermäßigte Preise).
Sonntag,	den 28. 3.	um 7½ Uhr abends **„Jenufa".**
Montag,	den 29. 3.	**„Geisha".**
Dienstag,	den 30. 3.	**„Jenufa".**
Mittwoch,	den 31. 3.	**„Der Evangelimann"** (zum letzten Male.)

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Freitag, 26. März.

Berlin, 505 Meter. Abends 8.30 Richard Strauß-Abend. 10.30 bis 12 Tanzmusik.

Königsberg, 463 Meter. Abends 7.45 Rezitationsabend Paul Hilbig-Edelhof.

Leipzig, 452 Meter. Abends 7.30 „Fidelio".

Stuttgart, 446 Meter. Abends 8 Uhr Sinfoniekonzert.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 27. März.

Berlin, 505 Meter. Abends 8 Uhr: Sendespiele „Der böse Geist Lumpazivagabundus" oder „Das liederliche Kleeblatt", Zauberposse mit Gesang in drei Aufzügen von Nestroy. 10.30—12 Uhr Tanzmusik.

Breslau, 418 Meter. Abends 8.15 Uhr: An den Frühling. 10—11 Uhr: Tanzmusik der Funkkapelle.

Königsberg, 463 Meter. Abends 8.10 Uhr: Süddeutsche Dichtungen und Lieder zur Laute.

Wien, 397 Meter. Abends 7 Uhr: Matthäuspassion (Uebertragung aus dem großen Konzertsaale).

Der heutigen Nummer liegt die illustr. Beilage Nr. 6 **Die Zeit im Bild** bei.

Die Produktion der polnischen Hütten im Jahre 1925

zeigt (nach einer Zusammenstellung aus den bisher veröffentlichten amtlichen Monatsstatistiken) folgendes Bild: Es wurden hergestellt in den Wojewodschaften

Kielce und Krakau	Roheisen	Gußstahl	Walzerzeugn.
		in Tonnen:	
Januar	7 128	19 757	11 576
Februar	6 923	18 497	12 190
März	8 158	19 257	13 629
April	7 552	19 188	11 534
Mai	7 730	20 986	11 560
Juni	6 773	19 245	11 817
Juli	6 131	22 189	15 396
August	7 208	20 469	14 702
September	5 557	20 115	15 219
Oktober	6 366	23 078	15 492
November	8 955	21 488	12 896
Dezember	8 046	16 791	11 371
insgesamt:	86 527	241 060	157 382
Monatsdurchschnitt 1925	7 210	20 088	13 115
Januar 1926	8 020	18 396	12 033
Schlesien			
Januar	19 488	43 753	34 787
Februar	16 063	45 633	36 988
März	19 504	51 731	40 191
April	19 417	54 373	37 595
Mai	21 032	53 810	43 712
Juni	19 995	21 261	38 674
Juli	18 935	54 691	44 751
August	16 910	45 145	37 574
September	19 500	45 278	36 300
Oktober	19 625	37 602	32 452
November	19 223	33 287	25 586
Dezember	18 345	34 714	18 490
insgesamt:	228 037	521 278	427 010
Monatsdurchschnitt 1925	19 003	45 940	35 584
Januar 1926	18 370	26 332	17 460

Zum Vergleich seien noch die Monatsdurchschnittszahlen der Roheisenproduktion aus dem Jahre 1913 herangezogen, die für Kielce und Krakau 34 882 t und für die Wojewodschaft Schlesien 53 045 t betragen. Hieraus geht hervor, daß die Roheisenproduktion in den Wojewodschaften Kielce und Krakau gegenüber der Vorkriegszeit sich um fast vier Fünftel verringert hat, während sie in der Wojewodschaft Schlesien um annähernd zwei Drittel gesunken ist. Die ganze Jahresproduktion an Roheisen belief sich 1913 auf dem Territorium der jetzigen Wojewodschaft Schlesien auf rund 630 000 t. Schon 1924 war sie auf 263 000 t gesunken. 1925 aber ging sie noch um weitere 35 000 t zurück. Die Produktionsziffern für Januar 1926 zeigen gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres abermals einen Rückgang, und zwar um 633 t Roheisen. Bei den übrigen Hüttenerzeugnissen ist gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1925 ein noch bedeutend stärkeres Sinken festzustellen, so bei Gußstahl um 19 608 t und bei Walzprodukten um 18 124 t. In den anderen beiden Wojewodschaften ist lediglich die Roheisenproduktion im Januar 1926 gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1925 etwas gestiegen (810t), während die Erzeugung von Gußstahl und Walzprodukten um 1 692 t bzw. 1 082 t abgenommen hat. Verhältnismäßig am stärksten ist, wie man sieht, die Walzeisenproduktion in der Wojewodschaft Schlesien gefallen, nämlich um über 50 Prozent. Das Sinken der Hüttenproduktion hat diese naturgemäß außerordentlich verteuert, worunter wiederum der ohnehin schon sehr schwache Inlandsabsatz noch mehr zu leiden gehabt hat. Aus dem gleichen Grunde konnte selbstverständlich auch von einer Forcierung des Exports keine Rede sein. Insgesamt wurden im Jahre 1924 105 636 t Walzprodukte ausgeführt, im Jahre 1925 aber nur 67 521 t, wovon auf Schienen 3 383 t, auf Bleche 21 651 t und auf Eisen aller Art 42 487 t entfielen. Im August 1925 betrug der gesamte Walzeisenexport noch 1157 t. Den Tiefstand erreichte er im Oktober mit 371 t. Der Monat Januar 1926 hatte eine Gesamtausfuhr von Walzerzeugnissen von nur 740 t zu verzeichnen gegenüber einem Monatsdurchschnitt für das ganze Jahr 1925 in Höhe von 5627 t und einem solchen für 1924 von 8803 t.

Die Entwicklung der Eisenerzgewinnung Polens geht aus folgender in der neuesten Nummer der offiziösen Wochenschrift „Przemysł i Handel" veröffentlichten Tabelle hervor:

Jahr	Czenstochau u. Dombrowa	Radom	Tarnowitz	insgesamt
		in Tonnen		
1913	224 014	87 204	138 204	449 422
1919	80 311	12 413	61 469	154 193
1920	87 062	33 262	62 342	182 666
1921	175 854	65 552	62 407	303 813
1922	216 401	100 586	78 230	395 127
1923	279 332	117 355	57 509	454 196
1924	145 712	116 307	30 369	292 388
*) 1925	161 355	32 343	18 289	211 987
Monatsdurchschnitt				
i. J. 1913	18 667	7 267	11 517	37 451
i. J. 1925	13 446	2 695	1 524	17 665
Jan. 1926	15 585	890	799	17 274

Der Export ist in der letzten Zeit wieder etwas gesunken und beträgt gegenwärtig 5500 Tonnen monatlich, ebenso haben sich die Absatzbedingungen im Inlande verschlechtert, obgleich die Roheisenproduktion z. B. im Czenstochauer Revier eine steigende Tendenz aufweist. Die Ausfuhr belief sich im August auf 4180 t, stieg im November auf 7700 t, nahm jedoch in den folgenden Monaten wieder ab und bertug im Dezember 6284 t, im Januar 1926 5405 t. Die Einfuhr ausländischer Erze nach Polen ist bis zu dem Inkrafttreten des Importzolls für Erze mit einem 50proz. Eisengehalt von 19 327 t im August auf 37 173 t im Oktober gestiegen, sank danach aber auf 18 193 t im November, 18 792 t im Dezember und 13 155 t im Januar. Der durchschnittliche Preis für eine Tonne ausländischer Erze schwankte in diesem Zeitabschnitt zwischen 32.50 Złoty im August und 27.10 Złoty im Januar. Der Preis je Tonne polnisches Erz bewegte sich zwischen 19.95 Złoty im September und 24.60 Złoty im Januar. Die Eisenerzgewinnung in der Wojewodschaft Schlesien hat im Februar d. Jahres eine weitere Schmälerung erfahren, und zwar infolge der Stillegung der Gruben Radzionkau (Kr. Tarnowitz) und Piekar Rudne, die die vom 1. Februar d. Jahres ab gelöschten Hochöfen der Borsigwerke in Deutsch-Oberschlesien mit Erzen versorgten.

*) Diese Zahlen sind als vorläufige anzusehen.

Die polnische Außenhandelsbilanz für Februar schließt mit einem Aktivum von 63.2 Millionen Złoty, während der Januar mit 90.812 Mill. Złoty aktiv war. Der Wert der Einfuhr belief sich im Februar auf 68 895 000 Złoty, ist also nur um rund 400 000 Złoty größer als im Januar, aber um fast 16 Mill. Złoty kleiner als im November und sogar gegenüber September noch um 4 Mill. Złoty schwächer gewesen. Am bedenklichsten aber ist der starke Rückgang der Ausfuhr gegenüber Januar um zirka 27 und gegen Dezember sogar um rund 55 Mill. Złoty. Da sowohl hinsichtlich des Kohlenexports wie der Getreideausfuhr alle Zeichen darauf hindeuten, daß die rückläufige Bewegung noch nicht abgeschlossen ist, läßt sich schon jetzt mit einiger Sicherheit voraussagen, daß die nächsten Monatsbilanzen noch ungünstiger ausfallen werden.

Die Verschuldung der Naphthagesellschaft „Fanto" bei der Wiener Bodenkreditanstalt ist, der „Agencja Wschodnia" zufolge, derart groß, daß zur Schuldentilgung und Zinszahlung gegenwärtig nicht nur der Gewinn verwendet, sondern sogar die Substanz der Gesellschaft angegriffen werden muß. Die Aktienkurse der „Fanto" werden in Wien niedriger als die der Lemberger Aktiengesellschaft „Nafta" notiert. Deshalb erscheint es auch zweifelhaft, ob die „Fanto"-Gesellschaft imstande sein wird, für das abgelaufene Jahr Dividende auszuzahlen. Die Abtretung eines ansehnlichen Aktienpakets der „Fanto" an die Gesellschaft „Sted" stößt in Polen allgemein auf scharfe Kritik.

Erweiterung der ukrainischen Zuckerindustrie. Der Zuckertrust der Ukraine „Sacharotrest" beabsichtigt, im Wirtschaftsjahre 1926/27 zu seinen bislang arbeitenden 102 Betrieben 25 weitere Fabriken, die während der letzten 8 Jahre stillgelegt haben, in Betrieb zu nehmen. Von diesen Fabriken entfallen fünf auf den Kiewer Bezirk, dreizehn auf Podolien, fünf auf das Gebiet von Uman und zwei auf den Charkower Bezirk. — Die Zuckerraffinerien der Kiewer Abteilung des Zuckertrusts haben in 100 Arbeitstagen 395 000 Meterzentner weißen Streuzucker verarbeitet. Die tägliche Durchschnittsproduktion übersteigt die Norm der Vorkriegszeit um 15 bis 16 Prozent.

Handels-Literatur.

Die „Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung". Unter Mitwirkung von Ernst Kahn. Heft I, Jahrgang 1926. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Das erste Heft des Jahrganges 1926 der „Wirtschaftskurve" enthält eine Fülle von interessantem Material zur Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage. Im Mittelpunkt steht, wie immer in dieser Zeitschrift, die Beobachtung der Konjunktur, d. h. in der augenblicklichen Lage die Analyse der Krise. Mit reichem statistischen Material, das in anschaulicher, vor allem auch den Bedürfnissen der Praktiker dienender Form zur Darstellung gebracht wird, werden die Entwicklungen der Preise, der Produktion, des Außenhandels sowie die Vorgänge am Arbeitsmarkt, an der Börse, am Kapitalmarkt u. a. m. untersucht. Eine wertvolle Sonderarbeit in diesem Heft veranschaulicht die statistische Methode der Ausschaltung der Saisonschwankungen bei der Konjunkturbeobachtung. Internationale Übersichten behandeln insbesondere die Entwicklung der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Österreich. Als Fortsetzung der Darstellungen deutscher und ausländischer Konzerne, die laufend in der „Wirtschaftskurve" veröffentlicht werden, enthält dieses Heft eine sehr wertvolle Arbeit aus dem Gebiete der Textilindustrie, nämlich die graphische Darstellung und textliche Erläuterung der Blumenstein-Gruppe. Endlich sei erwähnt, daß die Ergebnisse des vorjährigen Preisausschreibens über „Arbeitszeit und Arbeitsleistung" auszugsweise in diesem Heft zur Veröffentlichung gelangen. Sie enthalten überaus wertvolles Material aus dem Gebiete der Bauindustrie, der Kohlenindustrie, des Ziegeleigewerbes und der Metallindustrie. Eine Spezialarbeit dient der Untersuchung psychologischer Fragen der Arbeitsintensität in industriellen Unternehmungen. Das Heft zeigt, wie sich die „Wirtschaftskurve" in ständiger Vertiefung und Erweiterung ihres Arbeitsfeldes immer mehr zum unentbehrlichen Hilfsmittel des modernen Praktikers der Wirtschaft wie des Wissenschafters entwickelt.

Märkte.

Getreide. Warschau, 24. März. Für 100 kg. fr. Verladestation (fr. Warschau) Kongr. Roggen 112—113 f hol (22) Kongr. 116 —117 f hol (23), Pommereller Roggen 122 f hol (25), Weizen 39 zł, Kongr.-Hafer 23½, Pommereller Einh.-Hafer 24, Braugerste 22—23, Graupengerste 20, Roggenkleie (16), Weizenkleie 17 (18) zł.

Kattowitz, 24. März. Weizen 38—40½, Roggen 22—23, Hafer 23½—24½, Gerste 22½—25, Leinkuchen fr. Empfangssation 39—40½, Rapskuchen 26½—27½, W.-Kleie 18—19, R.-Kleie 16¼—17¼, Tendenz schwach. Auszugsmehl 0.42, Weizenmehl 0.37, 70proz. Roggenmehl 0.20, 65proz. 0.21 zł für ½ kg. Tendenz ruhig.

Danzig, 24. März. Weizen 13.50—13.60, Roggen 8.10—8.20, Futtergerste 7.50—8, Braugerste 8.25—8.75, Hafer 8.25—8.75, Roggenkleie 5.00—5.25, Weizenkleie 6.50 bis 6.75, 60proz. Roggenmehl 26.25. Rest der Notierungen ist unverändert.

Berlin, 25. März. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. 261—265, pomm. —.—, März 278, Mai 274—274½. Juni —.—. Roggen: märk. 156—161, pommer. —.—, März —.—, Mai 181—180¼, Juli —.—. Gerste: Sommergerste 170—193, Futter- und Wintergerste 139—153, Hafer: märk. 165—177, westpr. 160—172, März —.—, Mai 180, Juli —.—. Mais: Mai —.—, Juli —.—, loko Berlin —.—, Weizenmehl: fr. Berlin 33¼—36½, Roggenmehl: fr. Berlin 23.00 — 25.00, Weizenkleie: fr. Berl. 10.50—10.60, Roggenkleie: fr. Berl. 9.60—10.00, Raps: —.—, Leinsaat: 340—350, Viktoriaerbsen: 25.00—31.00, Kleine Speiseerbsen: 23.00—25.00, Futtererbsen: 19.00—21.00, Peluschken: 20—21, Ackerbohnen: 20.00—21.00, Wicken: 23.00—26.00, Lupinen: blau 11½—12½, Lupinen: gelb 14.00—14.50, Seradella: neue 26.00—29.00, Rapskuchen: 14.00—14.30, Leinkuchen: 18.00—18.20, Trockenschnitzel: 8.80—8.90, Soyaschrot: —.—, Torfmelasse: 30/70 —.—, Kartoffelflocken: 14.10 bis —14.20. Tendenz für Weizen: stetig, Roggen: schwach, Gerste: stetig, Hafer: fester.

Chikago, 23. März. Weizen: Redwinter Nr. IV loko 158, Hardwinter Nr. II loko 159⅛, für Mai alt 156, neu 157, Juli neu 136, September neu 132, Roggen Nr. II loko 83, für Mai 87⅜, Juli 88⅞, September 88½, Mais: gelber Nr. III loko 69, weißer Nr. II loko 70, gemischter Nr. IV loko 67, für Mai 72⅞, Juli 76⅛, September 78⅜, Hafer: weißer Nr. II loko 39½, für Mai 39, Juli 39¾, September 40¾, Gerste: Malting loko 52 bis 72, Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Hamburg, 24. März. Notierungen ausl. Getreidearten für 100 kg cyf. in hfl. Weizen: Manitoba I loko 16.60, II loko 16.10, III für März 15.50, Rosafe 73 kg für März 13.30, Baruso 76½ kg für März 13.75, Gerste: Donaurussische 8.50, La Plata 60 kg für März 8.40, Malting Barley 8.80, Roggen: Western Rye I 10.50, II 10.40, Mais: La Plata 8.20, La Plata für April/Mai 8, Hafer: Clipped Plata 51—52 kg 8.35.

Holz. Białowieś, 24. März. Notierungen in Schilling pro Meter: Klötze und Kiefernlangholz 20—25 cm 9; 25— 30 cm 12; 30—40 cm 13—15, über 40 cm Durchmesser 18—20, Tannenklötze 10—15% billiger. Kieferntelegraphenstangen 8, Grubenholz 6, Eichenfournierklötze 80—100, Tischlerholz I. Kl. 60—80, II. Kl. 40—45, Eschenfournierholz von 55 cm 90—95, von 30 cm 60, Birke 30, Kiefernschwellen 4.6 pro Stück, Eichenlatten 300, Kieferninlandsschwellen 3.90—4.25 zł pro Stück, Sleepers 5—5½ Schill. pro Stück.

Metalle. Berlin, 24. März. Amtliche Notierungen in deutscher Mark für 1 kg. Elektrolytkupfer sof. Lieferung cyf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 133¾, Raff.-Kupfer 99 bis 99.3% 1.19—1.20, Standard 1.17—1.18, Orig. Hüttenrohzink im fr. Verkehr 0.67½—0.68½, Remelted Plattenzink gew. Handelsgüte 0.64—0.65, Orig. Hüttenaluminium 98—99% 2.35—2.40, dasselbe in Barren, gewalzt und in gezogenen Drahtbarren 2.40 bis 2.50, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.55 bis 1.60, Silber mind. 0.900 f in Barren 90—91, Gold im freien Verkehr 2.79—2.81½ für 1 Gramm, Platin im fr. Verkehr 14.10—14.30 Mk. für 1 Gramm.

Baumwolle. Amtliche Notierungen in amerik. Cents für 1 engl. Pfund (453 Gramm). Erste Ziffe bedeutet Verkauf, zweite Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 20.45, für März 18.32, Mai 18.22 bis 18.14, Juli 18.28—18.22, September 18.22—18.10, Oktober 18.07—17.99, Dezember 17.91—17.86. Tendenz ruhig.

Posener Börse.

	25. 3.	24. 3.		25.	24. 3.
4 Pos. Pfdbr. alt	30.00	30.00	Goplana I.-III.	—	—
4 Poz. list. zast. neu	—	—	C. Hartwig I.-VII	0.20	0.20
6 listy zbożowe	5.70	5.75	Hartw. Kant. I.-II	—	—
	5.50	5.70	Hurtown. Skór I.-IV	1.00	—
8 państw. poż. zł	—	1.02	Herzf.-Vikt. I.-III.	—	—
8 dolar. listy	3.80	3.80	Juno I.-III.	—	—
	3.70	3.75	Luban I.-IV.	—	—
		3.80	Dr. R. May I.-V.	19.00	—
5 Poż. konwers.	—	0.34			
10 Poż. kolejowa	—	1.15	Mł. i Tart. Wągr. I.-II	—	—
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	—	—	Młyn Pozn. I-IV.	—	—
Bk. Przemysł I.-II.	0.60	0.60	Młyn Ziem. I.-II.	—	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.00	4.00	Papiern. Bydg. I.-IV.	—	0.20
Bk. Ziemian I.-V.	—	—	Płótno I.-III.	—	—
Arkona I.-V.	—	—	Pneumatyk I.-IV.	—	—
Barcikowski I.-VII	0.80	—	Sp. Drzewna I. VII.	0.22	—
Brow. Krotosz. I.-V.	—		Star. Fab. Mebl. I.-II.	—	—
Brzeski-Auto I.-III.	—	—	Tri I.-III.	—	—
Cegielski I.-IX	6.50	—	Unja I.-III.	—	—
Centr. Rolnik. I.-VII.	—	0.50	Wag. Ostrowo I.-IV.	—	—
Centr. Skór I.-V.	0.20	0.20	Wisła, Bydg. I.-III.	—	—
Cukr. Zduny I.-III.	—	—	Wytw. Chem. I.-VI.	0.32	—
Dębieńko I.-V.	—	—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	—	—

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Devisen (Mittelk.)	25. 3.	24. 3.		25. 3.	24. 3.
Amsterdam	316.50	317.25	Paris	27.67½	27.60
Berlin*)	188.74	188.73	Prag	23.46	23.45
London	38.50	38.50	Wien	111.70	111.52
Neuyork	7.90	7.90	Zürich	152.50	152.50

*) über London errechnet.

Effekten:	25. 3.	24. 3.		25. 3.	24. 3.
8% P. P. Konwers.	—	110	Nobel III.—V.	1.30	—
5% „	34.50	34.50	Lilpop I.—IV.	0.53	0.55
6% Poż Dolar	74.50	74.00	Modrzejow. I.—VII	1.95	2.10
10% Poż. Kolej. S. I.	128	128	Ostrowieckie I.-VII.	4.50	4.50
Bank Polski (o. Kup.	48.00	49.00	Starachow. I.—VIII	0.96	1.01
Bank Dysk. I.—VII	5.70	—	Zieleniewski I.-V.	—	—
B. Handl. W. XI.-XII.	1.75	—	Żyrardów	7.80	8.00
B. Zachodni I.-VI.	0.85	0.85	Borkowski I.-VIII.	0.38	0.36
Chodorów I.-VII.	—	4.00	Haberbusch i Sch.	—	—
W. T. F Cukru	1.90	1.90	Majewski	—	13.75
Kop. Węgli I.-III.	2.15	2.20			

Tendenz: schwächer.

Danziger Börse.

Devisen:	25. 3. Geld	24. 3. Geld		25. 3. Geld	25. 3. Brief	24. 3. Geld	24. 3. Brief
London	25.195	25.20	Berlin	123.196	123.504	123.393	123.704
Neuyork	—	—	Warschau	64.64	64.81	64.67	64.83
Noten:							
London	—	25.21	Berlin	—	—	123.196	123.704
Neuyork	—	—	Polen	64.67	64.83	69.42	65.08

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	25. 3.	24. 3.	Devisen (Geldk.)	25. 3.	24. 3.
London	20.398	20.399	Kopenhagen	110.08	110.09
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	89.74	89.71
Rio de Janeiro	0.599	0.606	Paris	14.68	14.615
Amsterdam	168.13	168.14	Prag	12.418	12.418
Brüssel	16.85	16.81	Schweiz	80.77	80.73
Danzig	80.89	80.89	Bulgarien	3.027	3.03
Helsingfors	10.554	10.554	Stockholm	112.48	112.51
Italien	16.86	16.86	Budapest	5.875	5.875
Jugoslawien	7.385	7.385	Wien	59.18	59.16

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw medio.

Effekten:	25. 3.	24. 3.		25. 3.	24. 3.
Harp. Bgb.	*103	*103⅛	Görl. Wagg.	32¾	33
Kattw. Bgb.	—	12	Rheinmet.	23⅞	24¼
Laurahütte	34¼	35½	Kahlbaum	—	93
Obschl. Eisenb.	* —	* 44	Schulth. Patzenh	—	148½
Obschl. Ind	* —	* 42½	Dtsch. Petr.	72	73
Dtsch. Kali	119¼	118½	Hapag	*147¾	*145
Farbenindustrie	132½	132½	Dtsch. Bk.	*130⅜	*129¼
A. E. G.	* 96½	* 97	Disc. Com.	*125	*124½

Tendenz: befestigt.

Ostdevisen. Berlin, 25. März, 2[30] nachm. Auszahlung Warschau 52.31—52.59, Große Polen 51.98—52.52, Kleine Polen 51.49—52.01.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 25. März, vormittags 12[30] Uhr. (R.) Bei etwas regeren Umsätzen führte größere Unternehmungslust teilweise wegen etwas besserer Nachrichten aus der Wirtschaft und Hoffnung auf voraussichtlich glatten Verlauf des Ultimo zu einer Befestigung bei überwiegenden Kursbesserungen bis zu 1 Prozent. Immerhin liegt aber die Kursbildung uneinheitlich. Renten behauptet. Wertbeständige Anleihen weiter fest.

Die Bank Polski, Posen zahlte am 25. März, 10[30] Uhr vormittags für 1 Dollar 7.90 zł, 1 engl. Pfund 38.41 zł, 100 schweizer Franken 152.12 zł, 100 franz. Franken —.— zł, 100 deutsche Reichsmark 188.00 zł, 100 Danz. Gulden 152.42 zł.

1 Gramm Feingold für den 25. März 1926 wurde auf 5.2505 zł festgesetzt. (1 Goldzłoty gleich 1.5243 zł). (M. P. Nr. 68 vom 24. März 1926.)

Der Złoty am 24. März 1926. (Überw. Warschau.) **Zürich:** 62½, **London:** 37, **Neuyork:** 12¾, **Wien:** 88.25—88.75, Noten 87.65 bis 88.65, **Prag:** 425—431, Noten 418½—421½, **Budapest:** 8825 bis 9125, **Tschernowitz:** 31, **Bukarest:** 31½.

Die Bank Polski zahlte am 24. d. Mts. für Goldmünzen: Für 1 Rubel 4.05, österr. Krone 1,59, deutsche Mark 1.87, latein. Einheit 1.52, Dollar 7.90, Pfund 38.33, türk. Pfund 34.61, skand. Krone 2.11, holländ. Gulden 3.16, Dukaten 18.01, für 1 Gramm Feinmetall 5.25 zł. Für Silber 0.14 1/10, bei geringerer Probe 0.14 3/10 für 1 Gramm.

1 Czerwoniec (10 russ. Rubel) wird mit 5.05 bis 5.10 Dollar notiert.

Dollarparitäten am 25. März in Warschau 7.99 zł Danzig 7.90 zł. Berlin 8.01 zł.

Auf den russischen Textilmärkten ist die Lage nicht einheitlich, aber überall mehr oder weniger gespannt. Auf dem Moskauer Markt herrscht Ruhe. Das Angebot an Baumwollwaren ist befriedigend, dagegen mangelt es an Wollwaren. In Weißrußland ist seit der zweiten Hälfte des Februar eine starke Nachfrage nach Kattun (Zitz) u. a. Baumwollstoffen in Erscheinung getreten. Die Preise der Genossenschaften und staatlichen Organisationen sind unverändert geblieben, dagegen werden im Privathandel Aufschläge von 40—50 Prozent gemacht. Gespannt ist die Lage im Saratower Tuchhandel. Es hat sich nur der Charakter der Nachfrage geändert; während früher hauptsächlich nach grobwollenen Stoffen gefragt wurde, verlangt man jetzt im allgemeinen feine Tuche. Auf dem Jarosławler Textilmarkt konnte die Nachfrage nur zu 40—50 Prozent befriedigt werden. Hauptsächlich wurde nach bedrucktem Kattun sowie nach Nähgarnen gefragt. Die Aufschläge im Privathandel sind etwas zurückgegangen. Im Laufe des Februar hat der Privathandel starke Einbuße erlitten, während der Manufakturhandel der Genossenschaften bedeutend zugenommen hat.
